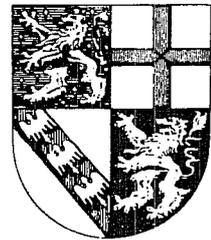


SAARLAND



STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT
des
STATISTISCHEN LANDESAMTES

I 2 3 4

I 2 3

I 2

Ausgabe 3/1982

Statistisches Amt des SAARLANDES

Statistische Nachrichten

Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.

Hrsg.: Statistisches Amt des Saarlandes
Postfach 409, Hardenbergstr. 3
6600 Saarbrücken
Telefon: 0681-505 930

Bezugspreis: Einzelheft **3,00 DM**
Jahresabonnement **10,00 DM**

Bestellungen: Statistisches Amt des Saarlandes,
Telefon: 0681-505 927

NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN: 0721-2410

INHALT

	Seite
Kurzinformationen	
Auftragsbestände nur noch leicht gefallen	5
Baugenehmigungen im Saarland stark rückläufig	5
Weiterer Beschäftigungsrückgang	5
Saarhandwerk zur Jahresmitte	5
Knapp 33 000 Ausbildungsplätze im Saarland	6
Die Konkurswelle breitet sich weiter aus	6
Verschuldung des Landes stark angestiegen	6
Hohes Abfallaufkommen im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern 1980	6
Weniger Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, aber große Schäden	7
Weniger Geburten und Eheschließungen im 1. Halbjahr 1982	7
Erwachsenenbildung immer beliebter	7
43 % der Strafgefangenen unter 25 Jahre alt	7
24 Habilitationen im Saarland	8
Schulden der saarländischen Städte	8
Ergebnisse der Bundestagswahlen im Saarland mit Vergleichszahlen des Bundes 1965 – 1980	9
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung	10
Zur Wirtschaftslage	11
Beiträge	
Volks- und Berufszählung Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1983	12
Dezentralisierung des Arbeitsplatzangebotes Regionalstruktur des saarländischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1981	18
Behinderte im Saarland am 31.12.1981	30
Tabellenteil	
Zahlenspiegel	41
Anhang	
Mitteilung des Amtes	48
Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	49
Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 2. Quartal 1982	50

Zeichenerklärung

- = Nichts vorhanden.
- 0** = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- X** = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe fällt später an.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D** = Durchschnitt.
- p** = vorläufige Zahl.
- r** = berichtigte Zahl.
- s** = geschätzte Zahl.
- dav.** = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
- dar.** = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen. Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen. Bei Repräsentativ-Statistiken sind solche Zahlen, die wegen des relativ hohen Zufallsfehlers unsicher sind, in Klammern gesetzt.

Kurzinformationen

Auftragsbestände nur noch leicht gefallen

Nachdem die Betriebe des Bauhauptgewerbes im Vorjahr einen starken Abbau ihrer Auftragsbestände hinnehmen mußten, setzte sich dieser Trend im laufenden Jahr nur noch teilweise fort. Die Auftragsbestände lagen Ende Juni 1982 um 4,1 % unter denen vom Juni 1981, aber nur 1,3 % unter denen vom März 1982. Im Vergleich Ende Juni zu Ende März 1982 erhöhten sich die Auftragsbestände im Wohnungsbau um 1,0 % und blieben im Öffentlichen- und Verkehrsbau mit einer Veränderung von 0,4 % weitgehend konstant. Im gewerblichen und industriellen Bau mußte hingegen mit - 9,4 % eine deutliche Einbuße hingenommen werden.

Baugenehmigungen im Saarland stark rückläufig

Im ersten Halbjahr 1982 wurden für 1 123 neu zu errichtende Wohngebäude mit einem Bauvolumen von 1,5 Mill. Kubikmetern Baugenehmigungen erteilt. Das sind 25,5 % (385 Gebäude) weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Hiervon sind insbesondere die Eigenheime (Ein- und Zweifamilienhäuser) mit einem Minus von 374 Gebäuden oder 26,8 % betroffen. Dagegen hält sich der Rückgang im sog. Mietwohnungsbau mit 6 % weniger genehmigten Wohnungen in Drei- und Mehrfamilienhäusern noch in erträglichen Grenzen.

Weiterhin ist festzustellen, daß die Baukostenentwicklung nicht nur zu einer allgemeinen Bauunlust geführt hat, sondern auch die Bauherren zu Zugeständnissen an die Größe der Wohnungen zwingt. Nachdem bereits im Jahre 1981 erstmals seit 1973 die durchschnittliche geplante Wohnungsgröße einen Rückgang auf 94,8 m² zu verzeichnen hatte, erreichte sie im ersten Halbjahr 1982 mit 92,9 m² einen vorläufigen Tiefpunkt.

Weiterer Beschäftigungsrückgang

Die Zahl der im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes tätigen Personen belief sich im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte 1982 auf 151 160, das bedeutet gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einen Rückgang um 2 770 Personen oder 1,8 %. Besonders ausgeprägt war der Beschäftigungsabbau im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit - 3,1 % und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe mit - 5,2 %. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden lag im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe um 1,9 % unter der des ersten Halbjahres 1981. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme erhöhte sich um 2,5 % auf 2,7 Mrd. DM.

Der Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe lag um 7,1 % über dem Vorjahreswert, wobei sich der Auslandsumsatz um 15,3 % und der Inlandsumsatz lediglich um 3,3 % erhöhte. Bestimmt wurde diese Entwicklung durch erhebliche Umsatzsteigerungen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe. Vom Gesamtumsatz in Höhe von 12,4 Mrd. DM entfielen im ersten Halbjahr 8,4 Mrd. DM auf das Inlandsgeschäft und 3,7 Mrd. DM auf das Auslandsgeschäft.

Saarhandwerk zur Jahresmitte

Das saarländische Handwerk zählte zur Jahresmitte 1,4 % weniger Beschäftigte als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Die Zahl der Handwerksbeschäftigten, ohne handwerksähnliches Gewerbe und Nebenbetriebe fiel auf unter 62 000. Mit einer Einbuße von 5 Prozent gegenüber Mitte 1981 war der Rückgang im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe besonders ausgeprägt. Um rund 2 Prozent verringerten die Handwerksbetriebe des Bau- und Ausbaugewerbes, des Metall-

gewerbes und des Dienstleistungssektors ihre Beschäftigtenzahlen. Das Holzgewerbe stagnierte, während das Nahrungsmittelgewerbe sowie das Glas-, Papier- und keramische Gewerbe noch expandierten. Der Umsatz des saarländischen Handwerks lag im zweiten Quartal 1982 mit einem Zuwachs von 3 Prozent nur nominal über dem Wert des gleichen Vorjahreszeitraumes.

Knapp 33 000 Ausbildungsplätze im Saarland

Zu Beginn des Jahres 1982 befanden sich im Saarland insgesamt 32 966 Jugendliche, 401 weniger als im Vorjahr, in einem Ausbildungsverhältnis, davon waren 37 % Mädchen. Industrie und Handel stellten fast jeden zweiten Ausbildungsplatz; das Handwerk bot mit 13 288 Lehrstellen rund 40 % aller Ausbildungsplätze. Die übrigen Ausbildungsbereiche waren wie folgt belegt: Freie Berufe 2 247, Öffentlicher Dienst 685, Landwirtschaft 536 und Hauswirtschaft 209. Neu abgeschlossen wurden im Jahr 1981 12 762 Ausbildungsverhältnisse, 525 oder 4 % weniger als im Jahr zuvor.

Die Konkurswelle breitet sich weiter aus

Die erste Hälfte des Jahres 1982 brachte einen sprunghaften Anstieg der Insolvenzen mit sich. Insgesamt wurden 137 Konkurse und zwei Vergleichsverfahren, zusammen also 139 Fälle von Zahlungsunfähigkeit, registriert und damit mehr als eineinhalbmals soviel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres (92 Insolvenzen). Von den 137 Konkursen konnten nur 33 eröffnet werden. Das bedeutet, daß in drei von vier Fällen der Konkursantrag mangels Masse abgelehnt werden mußte.

In diesem Gesamtbild spiegelt sich die unbefriedigende Wirtschaftslage wider, ging doch die Zunahme der Zahlungsschwierigkeiten fast ausschließlich zu Lasten des gewerblichen Sektors. 114 Unternehmen wurden illiquide — zwei Drittel mehr als im ersten Halbjahr 1981 —, während die Zahl der privaten Schuldner (vor allem natürliche Personen, Nachlässe und Vereine) lediglich um einen Fall auf 25 anstieg. Der anfälligste Wirtschaftsbereich war der Handel mit 38 Insolven-

zen (im Vorjahreszeitraum 14), gefolgt vom Baugewerbe mit 30 (vorher 18) und vom Verarbeitenden Gewerbe mit 20 (vorher 16) Fällen. Das Handwerk war mit 42 zahlungsunfähigen Betrieben mehr als doppelt so stark belastet wie in der ersten Hälfte 1981. In der Gliederung nach Rechtsformen fällt die GmbH auf, die mit 76 Insolvenzen ebenfalls doppelt so oft auftrat wie vorher.

Die Konkursgläubiger machten Forderungen in Höhe von 82 Mio DM geltend — im Vorjahreszeitraum waren es 38 Mio DM — und damit schon fast soviel wie im gesamten Jahr 1981.

Aufgrund dieser Entwicklungen, die im übrigen Bundesgebiet auch nicht günstiger verlaufen, ist abzusehen, daß 1982 das bisher schlimmste Jahr in der Geschichte der Konkursstatistik sein wird.

Verschuldung des Landes stark angestiegen

Zum Stichtag 30. Juni 1982 war das Saarland mit 4,455 Milliarden DM verschuldet. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet dies eine Erhöhung der fundierten Schuld um 18,5 %. Bezogen auf die saarländische Bevölkerung errechnet sich eine Verbindlichkeit in Höhe von 4 195 DM je Einwohner. Mit diesem Betrag ist das Saarland höher verschuldet als alle übrigen Bundesländer (ohne Stadtstaaten).

Hohes Abfallaufkommen im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern 1980

Bei den 973 auskunftspflichtigen Betrieben des Produzierenden Gewerbes und 49 Krankenhäusern des Saarlandes wurde im Berichtsjahr 1980 ein Abfallaufkommen von 5,29 Mill. Tonnen festgestellt. Die Gesamtmasse bestand aus 3,33 Mill. t Bauschutt und Bodenaushub sowie aus 1,96 Mill. t produktionspezifischen und sonstigen Abfällen einschließlich Rückständen aus Behandlungsanlagen (Sekundärabfälle). Während die Menge an Bauschutt und Bodenaushub um fast 60 % höher lag als im Vergleichsjahr 1977, blieb die übrige Abfallmenge insgesamt annähernd auf gleichem Stand. Dieses Aufkommen an speziellen Abfallarten setzte sich aus 301 800 t

Ofenausbruch, Hütten- und Gießereischutt, Formsand, Stäuben etc., 513 100 t Asche, Schlacke, Ruß, 437 000 t metallurgischen Schlacken und Krätzen, 185 500 t Metallabfällen, rd. 159 000 t sonstigen produktionspezifischen Abfällen, 200 800 t Schlämmen aus Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung, 164 200 t hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen einschließlich Papier, Pappe etc. sowie aus 1 730 t krankenhausspezifischen Abfällen zusammen. In der Gesamtmenge befanden sich 66 700 t Abfälle von anderen Betrieben sowie 6 560 t Sekundärabfälle. Die Hauptmasse des Abfallaufkommens wurde zu öffentlichen und sonstigen außerbetrieblichen Beseitigungsanlagen abgefahren, in betriebseigenen Anlagen wurden 1,29 Mill. t beseitigt, an weiterverarbeitende Betriebe oder an den Altstoffhandel 713 000 t abgegeben.

Weniger Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, aber große Schäden

Im Saarland wurden im Jahr 1981 insgesamt 12 Unfälle bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe registriert, während im Jahr zuvor 24 zu verzeichnen waren. Es wurden 10 Lagerunfälle, darunter 6 bei unterirdischen Lagerbehältern, sowie 2 Transportunfälle gemeldet. Die Unfälle traten bei 4 Haushaltstanks und 6 sonstigen Lagerbehältern, einem Straßenfahrzeug sowie einem Eisenbahnwagen auf. Die ausgelaufene Stoffmenge belief sich auf insgesamt 80 000 Liter, davon konnte durch Absaugen, Bodenaushub und sonstige Maßnahmen eine Masse von rd. 73 000 l wiedergewonnen werden. Die Unfallursachen waren sehr unterschiedlich, sie erstreckten sich auf menschliches Versagen (4), technische Fehler beim Füllen (3), Materialfehler (3), Korrosion (2), mechanische Beschädigung usf., wobei z. T. mehrere Ursachen gegeben waren. Auch die Unfallfolgen kumulierten sich teilweise. Die häufigsten Schäden bezogen sich auf Verunreinigung des Bodens (9), eines Gewässers (7) und einer Kanalisation (5); aber auch die Gefährdung einer Wasserversorgung war in zwei Fällen eingetreten.

Weniger Geburten und Eheschließungen im 1. Halbjahr 1982

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das 1. Halbjahr 1982 wurden im Saarland insgesamt 4 970 Kinder lebend geboren, das waren 262 oder 5,0 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gestorbenenzahl lag mit 6 651 um 62 über der des 1. Halbjahres 1981. Das Geburtendefizit (mehr Gestorbene als Lebendgeborene) erhöhte sich somit von 1 357 auf 1 681.

Bei den Eheschließungen war im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres ein Rückgang um 202 (von 3 572 auf 3 370) zu verzeichnen.

Erwachsenenbildung immer beliebter

Fast 374 000 Personen besuchten 1981 die über 13 000 Veranstaltungen der Erwachsenenbildungseinrichtungen des Saarlandes. Immer mehr Saarländer nutzten die vielfältigen Angebote. Für 1981 errechneten die Statistiker ein Plus von knapp 6 %. Den größten Zuspruch erfuhren die 5 800 Einzelveranstaltungen mit 236 700 Teilnehmern. In den 7 500 Kursen, Lehrgängen bzw. Seminaren wurden 136 900 Personen gezählt. Die meisten Unterrichtsstunden (149 633) erteilten die Volkshochschulen, gefolgt von der Katholischen (80 916) und der Evangelischen Erwachsenenbildung (21 326). Die Einrichtung "Arbeit und Leben" sowie die Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Erwachsenenbildung hielten 7 983 bzw. 2 413 Unterrichtsstunden ab. Von der anders strukturierten Europäischen Akademie Otzenhausen wurden 12 350 Teilnehmertage gemeldet.

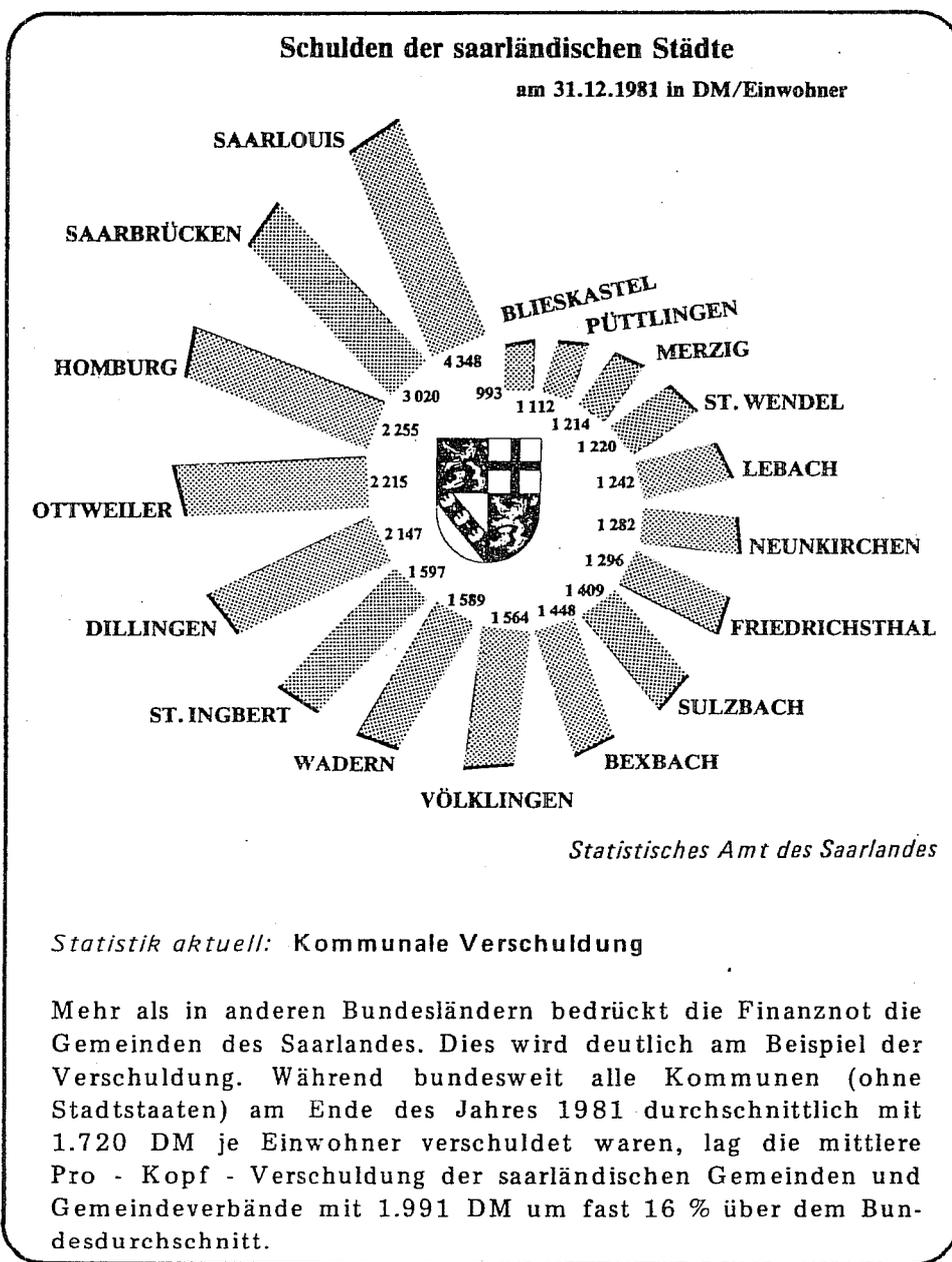
43 % der Strafgefangenen unter 25 Jahre alt

Insgesamt befanden sich Ende März 1982 in den 4 Justizvollzugsanstalten des Saarlandes 828 Gefangene, 598 verbüßten eine Freiheitsstrafe und 230 waren zu einer Jugendstrafe verurteilt. Von den Inhaftierten waren 35 noch nicht 18 Jahre alt, 127 gehörten der Gruppe der Heranwachsenden (18 bis unter 21) und weitere 190 der Ein-

sitzenden standen im Alter von 21 bis unter 25 Jahren, so daß fast jeder zweite Strafgefangene unter 25 Jahre alt war. Die voraussichtliche Vollzugsdauer betrug bei einem Drittel der Strafgefangenen bis zu einem Jahr, bei der Hälfte ein bis unter 5 Jahre und bei knapp 10 % 5 bis unter 15 Jahre. Eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen 20 Männer und 16 nach Jugendstrafrecht Verurteilte eine Jugendstrafe mit unbestimmter Dauer. Über die Hälfte der Inhaftierten war bereits vorbestraft.

24 Habilitationen im Saarland

An der Universität des Saarlandes haben sich im Jahre 1981 insgesamt 24 Personen — darunter eine Frau — habilitiert und damit die "Venia legendi" in ihrem Fachgebiet erworben. Die meisten Habilitationen (15) wurden in der medizinischen Fakultät verliehen, je vier Habilitierte erhielten die Lehrbefugnis für Lehrfächer im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bzw. Mathematik/Naturwissenschaften, einer qualifizierte sich in Philosophie.



Ergebnisse der Bundestagswahlen im Saarland mit Vergleichszahlen des Bundes 1965 — 1980

Aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse in Bonn werden sehr viele Anfragen bezüglich Wahlergebnisse an das Statistische Landesamt gerichtet. In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse der letzten fünf Jahre im Saarland und im Bundesgebiet dargestellt.

WAHL- JAHR	ZAHL %	WAHL- BE- RECHT.		ARGE- GERENE ST.		GUELT.		VON DEN GUELTIGEN ZWEITSTIMMEN ENTFIELEN AUF											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	SONST.					
				ST.	CIU/CSU	SPD	F.D.P.	DNP	NPD	GRUENE	E	A	F	V					

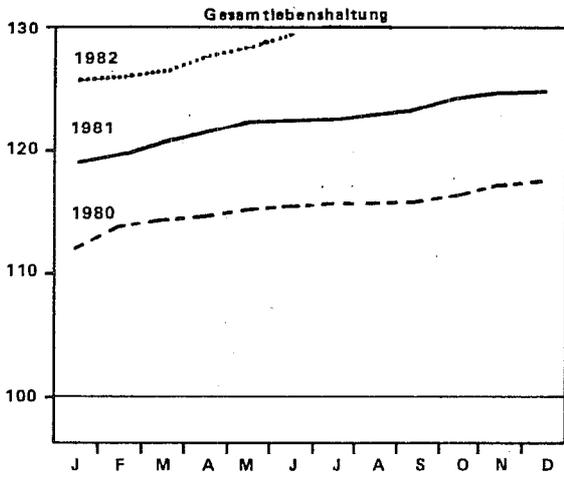
S A A R L A N D

1980	ZAHL %	829768	752025 90,6	741422 98,6	313709 42,3	358040 48,3	57598 7,8	2471 0,3	1234 0,2	7829 1,1	328 0,0	213 0,0			
1976	ZAHL %	811322	753786 92,9	746315 99,0	344850 46,2	344187 46,1	49299 6,6	4054 0,5	3351 0,4						674 0,1
1972	ZAHL %	797605	740910 92,9	729912 98,5	316955 43,4	349801 47,9	51762 7,1	5158 0,7	5649 0,8						587 0,1
1969	ZAHL %	734096	653882 89,1	634885 97,1	292986 46,1	253485 39,9	42254 6,7		36104 5,7						10056 1,6
1965	ZAHL %	736267	656496 89,2	630531 96,0	295257 46,8	250797 39,8	54118 8,6		11231 1,8						19128 3,0

B U N D E S G E B I E T (OHNE BERLIN)

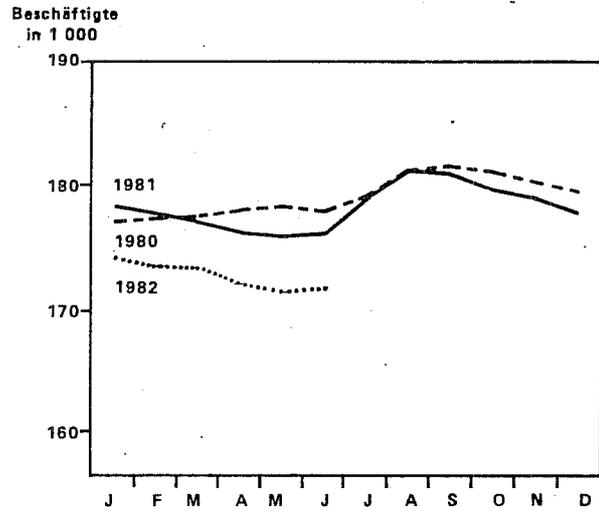
1980	ZAHL %	43231741	38292176 88,6	37938981 99,1	16897659 44,5	16260677 42,9	4030999 10,6	71600 0,2	68076 0,2	569589 1,5	7666 0,0	9319 0,0			23376 0,1
1976	ZAHL %	42058015	38165753 90,7	37822500 99,1	18394801 48,6	16099019 42,6	2995085 7,9	118581 0,3	122661 0,3						85542 0,2
1972	ZAHL %	41446302	37761589 91,1	37459750 99,2	16806020 44,9	17175169 45,8	3129982 8,4	113891 0,3	207465 0,6						27223 0,1
1969	ZAHL %	38677235	33523064 86,7	32966024 98,3	15195187 46,1	14065716 42,7	1903422 5,8		1422010 4,3						379689 1,1
1965	ZAHL %	38510395	33416207 86,8	32620442 97,6	15524068 47,6	12813186 39,3	3096739 9,5		664193 2,0						522256 1,6

Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾
1976 = 100

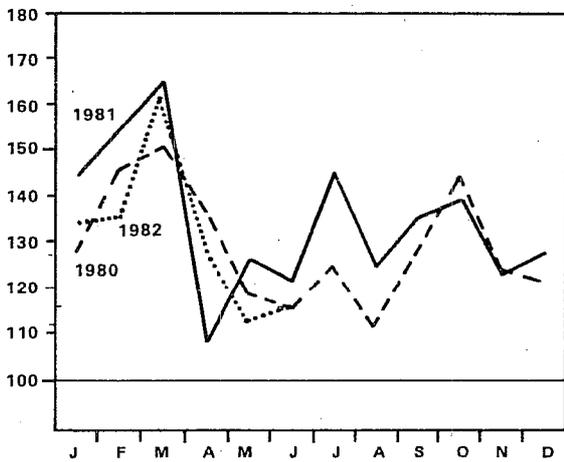


1) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe

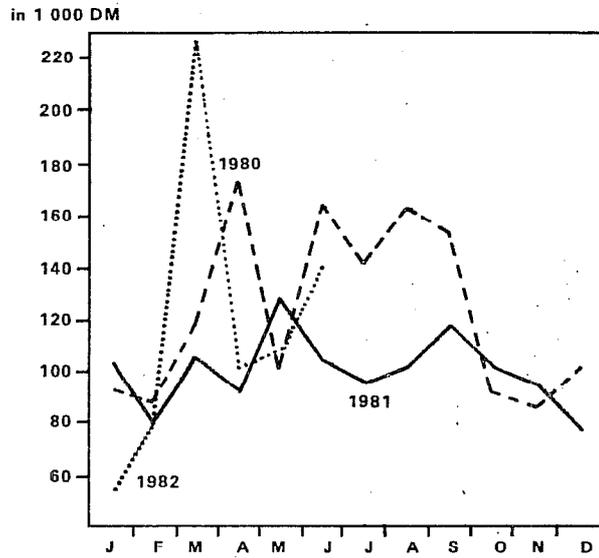


Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾
1976 = 100

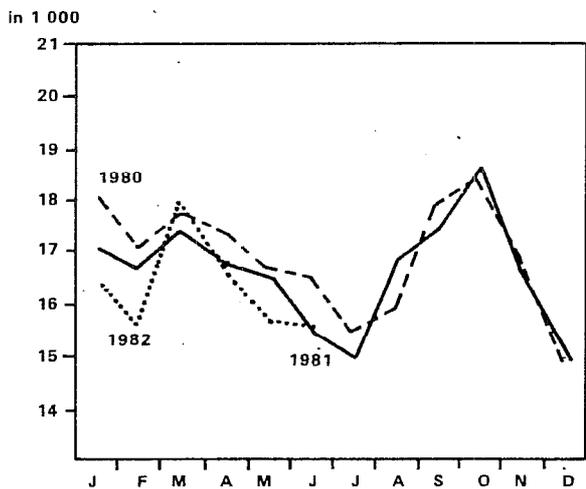


1) Ohne Nahrungs- und Genüßmittelgewerbe

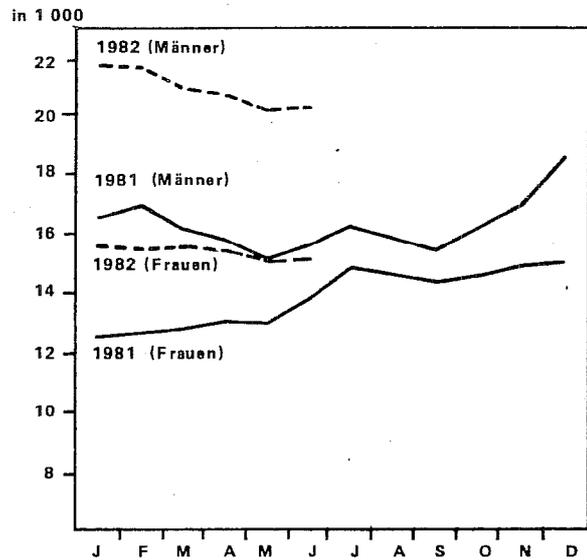
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Geleistete Arbeiterstunden
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose ¹⁾



1) nach Angaben des Landeserbeitsamtes Rheinland - Pfalz - Saarland

Zur Wirtschaftslage

(Stand Sept. 1982)

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verharrte im Bundesgebiet im 1. Halbjahr 1982, wie bereits im Juli erkennbar, weitgehend auf einer Stagnationslinie. Das reale Bruttosozialprodukt, der umfassendste Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung, war nur etwa gleich hoch wie in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Durch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird auch das Wirtschaftsgeschehen im Saarland wesentlich bestimmt. Weite Bereiche, vor allem des Produzierenden Gewerbes, des Baugewerbes, aber auch des Handelssektors sind durch eine geringe Kapazitätsauslastung, Nachfrageschwäche, labile Auftragslage und geschmälerete Ertragsituation gekennzeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt läßt nach einem Minus von 0,6 % im Vorjahr aufgrund der bisherigen Datenlage analog zum Bundesgebiet real wohl keinen Zuwachs erwarten. Produktionszahlen, Erlöse und andere kurzfristig relevante Indikatoren signalisieren im Saarland insgesamt einen schwachen Konjunkturverlauf, der auch voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte keine merkliche Dynamik gewinnen dürfte. Zwar ist bei der Preisentwicklung teilweise eine Beruhigung eingetreten, doch können sich positive Einflüsse dieser Art wie auch eine leichte Senkung des Zinsniveaus nur sehr zögernd auf eine Förderung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung auswirken. Wie schwierig sich die Lage für die saarländischen Unternehmen darstellt, verdeutlicht die zunehmende Zahl der Konkursfälle; im ersten Halbjahr 1982 wurden 137 Konkurse mit Gläubigerforderungen von 82 Mill. DM angemeldet, im Vorjahreszeitraum waren es 92 Fälle mit 38 Mill. DM Forderungen.

Die Industrieproduktion lag im Saarland — gemessen am Nettoproduktionsindex — in den ersten sechs Monaten nur um 0,2 % über dem entspr. Ergebnis des Vorjahres; die Beschäftigtenzahlen waren um 1,8 % niedriger, die Nominalerlöse vorwiegend infolge günstigerer Umsätze des Investitionsgütergewerbes um insgesamt 7,1 % höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Bergbau zeigte eine Zunahme der Produktion um 3,1 % und der Umsätze aus eigener Erzeugung um 3,9 % bei etwas höheren Beschäftigtenzahlen (+ 2,2 %) als in der Vorjahresperiode. Schleppender Absatz ließ die Haldenbestände jedoch beträchtlich ansteigen, so daß in der nächsten Zeit vom Bergbau kaum Impulse für eine Konjunkturbelebung zu erwarten sind. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe bleibt die Situation durch die Probleme der Eisenschaffenden Industrie geprägt. Die aktuellen Schwierigkeiten auf dem europäischen und amerikanischen Stahlmarkt lassen hier von der Nachfrageseite kaum einen Wandel erwarten. Unter den sonstigen bedeutendsten Wirtschaftszweigen haben vor allem der Fahrzeugbau, aber auch der Maschinenbau und Teile des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes positive Leistungen aufzuweisen. Demgegenüber ist beim Baugewerbe durchweg eine Negativentwicklung festzustellen. Auch das Handwerk zählte zur Jahresmitte 1,4 % weniger Beschäftigte als im Vorjahr. Der saarländische Außenhandel verzeichnete im angegebenen Zeitraum um 1,2 % höhere Importe und um 13,9 % höhere Exportleistungen, vor allem infolge höherer Ausfuhrwerte bei Fertigwaren. Aus dem Einzelhandel liegen neuere Daten auf Landesebene zur Zeit nicht vor. Die Nominalerlöse im Bundesdurchschnitt entwickelten sich jedoch nur wenig günstiger als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, was wohl in ähnlichem Maße auch für den saarländischen Einzelhandel gelten dürfte.

Die Arbeitsmarktsituation im Saarland ist im August durch 39 150 Arbeitslose und nur 995 gemeldete offene Stellen gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote betrug 10 % (Bundesdurchschnitt 7,4 %). Hervorzuheben ist dabei vor allem die Arbeitslosigkeit bei Frauen, bei Jugendlichen und einigen besonderen Personengruppen. Damit bleibt die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik im Saarland wie auch im gesamten Bundesgebiet.

Volks- und Berufszählung, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1983

Wissen für die Zukunft



1. Volkszählung

1.1 Aufgaben der Volkszählung

Volkszählungen, die in der Bundesrepublik Deutschland in etwa zehnjährigen Abständen stattfinden, bilden die Grundlage des gut ausgebauten Systems der Bevölkerungsstatistik. Mit ihrer Hilfe sollen der aktuelle Bevölkerungsstand, die räumliche Verteilung der Bevölkerung und ihre Zusammensetzung nach sozialen und demographischen Merkmalen erfaßt werden. Daneben liefert diese VZ Angaben über die wirtschaftliche Betätigung der Einwohner. Zusätzlich liefert eine Volkszählung Daten über die Ausstattung der Bevölkerung mit Wohnraum sowie zur Ab- und Rundung eines Gesamtbildes unserer Volkswirtschaft die Anzahl und Größe von Arbeitsstätten mit ihrer räumlichen und wirtschaftlichen Dimension. Diese Daten, die nur über eine totale Bestandsaufnahme zu erfassen sind, bilden die Grundlage für Planungen und Maßnahmen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Raum. Sie spielen für die Arbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch der Parteien, der Tarifpartner, der Wirtschafts- und Berufsverbände sowie für sonstige Gruppen des öffentlichen Lebens eine wichtige Rolle.

Die letzte Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung fand in der Bundesrepublik Deutschland am 27. Mai 1970 statt. Zwischenzeitlich hat ein erheblicher Strukturwandel sowohl der demographischen und sozialen als auch der wirtschaftlichen Verhältnisse stattgefunden, so daß die damals ermittelten Ergebnisse als überholt gelten müssen. Alle öffentlichen Organisationen wie Bund, Länder und Gemeinden, aber auch soziale und wirtschaftliche Einrichtungen, die für ihre Planungsarbeiten aktuelles Zahlenmaterial benötigen, sehen die Gefahr von Fehlplanungen und Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe, wenn sie weiter auf veraltetes Zahlenmaterial zurückgreifen müssen. Mit der Volkszählung 1983 sollen nunmehr alle Basisdaten über den Stand der Bevölkerung sowie über den Wohnungs- und Gebäudebestand sowie über Anzahl und Struktur

der Arbeitsstätten auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) am 25. März 1982 (BGBl. I. S. 369) entsprach der deutsche Gesetzgeber sowohl nationalen Erfordernissen als auch internationalen Empfehlungen der Vereinten Nationen und einer Richtlinie der EG, wonach im Abstand von zehn Jahren, jeweils in den Jahren mit der Endziffer 0 oder einem benachbarten Jahr, Volkszählungen durchzuführen sind (Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften Nr. 73/403/EWG vom 22.11.1973). Die übrigen EG-Länder haben bereits Volkszählungen durchgeführt und damit der o.a. Richtlinie Rechnung getragen.

1.2 Termin der Volkszählung 1983

Durch das „Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung“ (Volkszählungsgesetz 1983) wird festgelegt, daß mit Stichtag 27.4.1983 die erforderlichen Erhebungen bei allen Haushalten und Wohnungsinhabern (Haushalts- und Wohnungsangaben), bei allen Eigentümern von Gebäuden mit Wohnungen (Gebäudeangaben) sowie bei allen Inhabern von Arbeitsstätten (Arbeitsstättenangaben) zu erfolgen haben.

Aufgrund einer Richtlinie der Saarländischen Landesregierung werden die Städte und Gemeinden zur Durchführung der Zählung verpflichtet. Nach § 6 des o.a. Gesetzes können zur Durchführung der Volkszählung ehrenamtliche Zähler bestellt werden. Jeder Deutsche, vom vollendeten 18. bis zum 65. Lebensjahr, kann zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit her-

angezogen werden, es sei denn, eine solche Tätigkeit kann aus gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen nicht zugemutet werden.

2. Geschichtliche Entwicklung der Volkszählungen:

Bereits in der Antike haben Volkszählungen stattgefunden, und zwar verbunden mit einem erheblichen Aufwand für die Bevölkerung, die sich damals zur Registrierung noch in ihre Heimatstadt begeben mußte. Diese Zählungen, die im römischen Reich zeitweise alle fünf Jahre durchgeführt wurden, dienten ausschließlich militärischen oder steuerlichen Zwecken. Aus der Zeit des Mittelalters sind nur noch wenige Zählungen bekannt, die meistens nur in Notzeiten stattfanden und Aufschluß über die Versorgung der Bevölkerung bringen sollten. Als Vorreiter der heutigen Volkszählungen kann schließlich die Zählung in Kanada aus dem Jahre 1666 angesehen werden, bei der an einem Stichtag die Größe der Bevölkerung mit Namen, Familienstand, Beruf und Stellung zum Haushaltsvorstand aufgenommen wurde.

Die erste Volkszählung im Deutschen Reich wurde für 1871 angeordnet, ab 1875 dann in fünfjährigen Abständen. Diese Regelmäßigkeit ging jedoch später unter Einfluß der Kriegsjahre verloren. Vor dem zweiten Weltkrieg gab es dann noch Zählungen in den Jahren 1919, 1925, 1933 und 1939, nach dem Krieg in den Jahren 1946, 1951, 1961 und 1970. Um die rasche Entwicklung durch die Industrialisierung statistisch festzuhalten, fanden neben den Volkszählungen in unregelmäßigen Abständen Berufszählungen statt (1882, 1895, 1907). Nach 1925 wurden Volks- und Berufszählungen in einem Zuge durchgeführt. Ähnlich verhielt es sich mit den Arbeitsstättenzählungen, die vor 1925 einzeln und danach im Rahmen einer Volkszählung organisiert wurden.

Ebenso unregelmäßig fanden Gebäude- und Wohnungszählungen statt. Diese waren zunächst nur auf größere Gemeinden und Städte beschränkt. Die erste Gebäude- und Wohnungs-

zählung in größerem Umfang wurde 1918 durchgeführt, weitere folgten in den Jahren 1927 und 1939. Die umgreifenden Strukturveränderungen, die sich durch den zweiten Weltkrieg ergaben, erforderten im Jahre 1950 eine umfassende Gebäude- und Wohnungszählung. Die bislang letzte Zählung von Gebäuden mit Wohnraum und Wohnungen fand schließlich im Jahre 1969 statt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bisher das einzige große Industrieland der Welt, in dem seit 1970 keine Volkszählung mehr durchgeführt wurde. Dieser Mangel wird nun durch die im nächsten Frühjahr anstehende Großzählung beseitigt.

3. Welchen Einzelzwecken dient die Volkszählung 1983 ?

3.1 Bevölkerungsstatistik

In der amtlichen Statistik wird vermutet, daß derzeit in der Bundesrepublik etwa 1 Million Bürger weniger leben als amtlich registriert sind. Diese Differenz beruht auf Fortschreibungsfehlern (z.B. fehlende Abmeldung bei Tod oder Fortzug). Bereits bei der letzten Volkszählung 1970 hatte sich ein Fortschreibungsfehler von 860 000 Personen ergeben. Neben der Aktualisierung der Basis für die Bevölkerungsfortschreibung bietet die Volkszählung die Möglichkeit, die Zusammensetzung staatlicher und kommunaler Organe neu zu regeln. Die Stimmen der Länder im Bundesrat, die Verteilung der Bundestagswahlkreise auf die einzelnen Länder, die Verteilung der Landtagswahlkreise und die Anzahl der Sitze in den kommunalen Parlamenten werden von den Ergebnissen der Volkszählung elementar berührt. Da nach dem Bundeswahlgesetz der Bund den Ländern einen bestimmten Betrag je Wahlberechtigten und nach dem Parteiengesetz den Parteien Wahlkampfkosten bis zu einem gewissen Betrag erstattet, spielen die Ergebnisse der Volkszählung für die Erstattungen bei Bundestagswahlen eine wesentliche Rolle.

Auch der Finanzausgleich in seiner horizontalen und seiner vertikalen Gliederung richtet sich nach der bei der letzten Volkszählung ermittelten und danach fortgeschriebenen Bevölkerungszahl und macht somit für die Befriedigung der einzelnen Ausgleichsansprüche aktuelles Zahlenmaterial erforderlich.

Für den Bereich des Bildungswesens ist es von besonderer Bedeutung zu wissen, wie sich der zukünftige Bedarf an Lehrkräften sowie an Schulen und Hochschulen in den Städten, Gemeinden und sogar Gemeindeteilen entwickelt. Eine zusätzliche Aufgabe des Bildungsressorts wird es sein, mit Hilfe der Volkszählungsergebnisse das Ausbildungswesen danach auszurichten, in welchem Turnus die heute im Erwerbsleben stehenden aus ihrer Tätigkeit ausscheiden und in welcher Weise sich in Zukunft die Berufs- und Qualifikationsstruktur verändern werden.

Die Rentenversicherungsträger müssen wissen, wie sich die Zahl der Rentner für die nächsten 15 Jahre weiter entwickeln wird. Mit diesen Schätzungen erhalten sie ein genaues Bild von der Höhe der Einnahmen und Ausgaben, des Vermögens der Rentenversicherung und des Rentenniveaus.

Mit der Verabschiedung des Melderechtsrahmengesetzes in Verbindung mit den Landesmeldegesetzen ist erstmals ein für die gesamte Verwaltung einheitlicher und verbindlicher Bevölkerungsbegriff eingeführt worden. Innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes müssen nun die Melderegister an den neuen Bevölkerungsbegriff angepaßt werden. Die Volkszählung 1983 bietet die Möglichkeit, bei der Erfassung und Zuordnung der Personen mit mehreren Wohnungen im Bundesgebiet zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde erstmals von einem melderechtlich und statistisch übereinstimmenden Begriff auszugehen. Durch einen Vergleich der Angaben über die Wohnungsanschriften mit den Melderegistern kann erreicht werden, daß die im Rahmen der Volkszählung 1983 ermittelten und auf der Basis dieser Zählung fortgeschriebenen Einwohnerzahlen mit dem Inhalt der Melderegister weitgehend identisch sind. Ohne Volkszählung müßten die Meldebehörden ihre Register auf der Grundlage eigen-

ner Erhebungen bereinigen, die aller Wahrscheinlichkeit nach weder zeitlich noch methodisch aufeinander abgestimmt wären und somit neue Fehlerquellen für die Fortschreibung der Bevölkerung darstellten. In § 9 Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes wird ein Vergleich bestimmter Angaben aus den Erhebungsunterlagen mit dem Melderegister gestattet. In ihrem eigenen Interesse sollte keine Gemeinde auf diesen Vergleich mit der Einwohnerdatei verzichten.

Von besonderer und zwar zunehmender Bedeutung sind schließlich die im Rahmen der Volkszählung gestellten Fragen zur Pendlereigenschaft der Erwerbstätigen, Auszubildenden, Studenten und Schüler. Der Nachweis der Pendelwanderung ist eine Grundlage für verkehrspolitische Maßnahmen und eine weitere zur Klärung von Standortfragen. Zum anderen soll festgestellt werden, wo die in einer Gemeinde lebenden Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt verdienen. Über die Abgrenzung von Pendlereinzugsbereichen erhält man Unterlagen über die verkehrsmäßigen und wirtschaftlichen Verflechtungen eines Raumes und gewinnt gleichzeitig Ansatzpunkte zur Lösung der hiermit zusammenhängenden Probleme wie z.B. Entschärfung des Berufsverkehrs, Bau von Fahrradwegen, Planung von Industrieansiedlungen in Gebieten mit schwacher Infrastruktur oder Feststellung der Einzugsbereiche von Gymnasien und Realschulen. Hierfür ist auch erforderlich, den Zeitaufwand für den Weg zwischen Wohn- und Zielort und das hauptsächlich benutzte Verkehrsmittel zu berücksichtigen.

Daten über die Pendlerverflechtung sind nicht zuletzt auch für Fragen der Abgrenzung nichtadministrativer Gebietseinheiten wie Stadt- oder Arbeitsmarktregionen, Planungs- und Verkehrsregionen von Wichtigkeit. Neben den Pendlerströmen zwischen den Gemeinden kann in Bedarfswfällen auch die Pendlerbewegung zwischen Gemeindeteilen und für größere Städte die innerstädtische Pendelwanderung nachgewiesen werden. Die Feststellung der Pendlerströme erfolgt mit Hilfe der Angaben über die Anschriften der Wohnung und der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte. In Kombination mit der Frage nach der Beteiligung am Erwerbsleben und dem Schulbesuch wird zwischen Berufs- und Ausbildungspendlern unterschieden.

3.2 Gebäude- und Wohnungszählung

Das Programm des Erhebungsteiles der bereits für 1981 geplanten Gebäude- und Wohnungszählung basierte auf dem Konzept der 1975 aus finanziellen Gründen gescheiterten Zählung. Dabei sollte es im gebäudestatistischen Bereich bei der Konzeption bleiben, erstmals nach 1950 auch nicht Wohnungszwecken dienende Gebäude und Bauwerke zu erfassen sowie, erstmals in einer Totalzählung überhaupt, für Grundstücke und Gebäude Flächen- und Nutzungsangaben zu erfragen, um zu globalen und detaillierten Aussagen über die Bebauungsverhältnisse zu gelangen. Damit sollte eine Gesamtdarstellung der im Bundesgebiet vorhandenen städtebaulichen Substanz erreicht werden, die zugleich regionale und örtliche Vergleiche erlaubt.

Mit der Verkündung des Volkszählungsgesetzes 1983 vom 25. März 1982 (BGBl I, S. 369) ist das Programm gegenüber dem Konzept für 1981 insbesondere aus finanzwirtschaftlichen Gründen erheblich gekürzt worden. Es entfallen die flächendeckende Grundstückserhebung, die Erfassung ausschließlich nicht Wohnzwecken dienender Bauwerke und Gebäude sowie ein großer Teil der gebäudestatistischen Feststellungen.

Der Katalog der Fragen zum Gebäude ist gegenüber dem 81er Konzept am stärksten gekürzt worden. Übriggeblieben sind die Fragen für Gebäude, die Wohnraum enthalten, nach Gebäudeart (Wohngebäude, Nichtwohngebäude mit Wohnung, bewohnte Unterkünfte) und Baujahr, nach öffentlich geförderten Wohnungen (Erster Förderungsweg) sowie nach den Eigentumsverhältnissen. Von Gebäudeeigentümern, die nicht im Gebäude wohnen, werden die Angaben bereits Ende des Jahres 1982, also vor dem Stichtag der Haupterhebung, postalisch erfragt. Mit diesem Merkmalskatalog wird es möglich sein, Antwort auf die wichtigsten städtebaulichen Fragen auch für kleine räumliche Einheiten zu geben.

Das Erhebungsprogramm für den wohnungsstatistischen Teil der Volkszählung 1983 baut im wesentlichen auf den traditionellen Merkmalen auf, die auch auf unterer regionaler Ebene eine Beurteilung von Umfang, Struktur und Veränderung des Wohnungsbestandes sowie seine Fortschreibung in Übereinstimmung mit den

Merkmale der ab 1979 geltenden reformierten Bautätigkeitsstatistik erlauben. In Verbindung mit den bevölkerungsstatistischen Angaben werden darüber hinaus Aussagen über die quantitative Wohnungsversorgung und die Miethöhe gewonnen. Die Ermittlung leerstehender Wohnungen, nicht ständig bewohnter Freizeitwohnungen und der Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer Vertretungen gemietet sind, soll zu einer exakteren Einschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt führen.

Die Gebäude- und Wohnungszählung in dieser Form enthält damit alle Daten über Gebäude und Wohnungen, die zur Beurteilung der verschiedenen Aspekte des Wohnungsmarktes und zur Beurteilung der Wohnsituation der Bevölkerung in Stadt und Land erforderlich sind:

Sie liefert Grundinformationen für die zur Zeit diskutierte Überprüfung des bisherigen staatlichen Förderungssystems in Wohnungs- und Städtebau. In diesem Zusammenhang werden u.a. Überlegungen zu einem neuen Konzept des Modernisierungs- und Energieprogramms, zu einer Neugestaltung des § 7b Einkommenssteuergesetz, der Grunderwerbssteuer sowie des steuerlichen Instrumentariums für die Bodenpolitik angestellt.

Die Informationen über das tatsächliche Qualitätsniveau der vorhandenen Wohnungen und deren regionale Verteilung tragen dazu bei, die knappen Mittel der öffentlichen Hand, die für wohnungspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen, möglichst effizient einzusetzen.

Ferner leisten die Daten über regionale Verteilung, Qualität, Mietenniveau und Wohnungsbelegung einen Beitrag zu den Überlegungen, die zum Abbau von Fehlbelegungen öffentlich geförderter Wohnungen führen soll.

Die Höhe der Miete einer Wohnung ist von einer Reihe von Faktoren abhängig. Die Gebäude- und Wohnungszählung ermittelt davon wesentliche Faktoren, wie z.B. das Baualter eines Gebäudes, Größe und Ausstattung einer Wohnung sowie die öffentliche Förderung. Ihre Ergebnisse liefern damit einen umfassenden

Überblick über das Mietengefüge in seiner regionalen Differenzierung.

Nach § 26 des 2. Wohnungsbaugesetzes sind u.a. die Wohnbedürfnisse kinderreicher Familien, junger Ehepaare, älterer Mitmenschen und alleinstehender Elternteile mit Kindern zu fördern. Wohnungszählung und Volkszählung stellen für die Wohnraumversorgung regional tief gegliederte Informationen zur Verfügung. Die beiden Zählungsteile zeigen die erzielten Wirkungen der bereits eingesetzten Mittel und die Größenordnung der in Zukunft benötigten Mittel auf.

Die Fragen nach Heizungsarten und verwendeten Brennstoffen bieten derzeit nicht vorhandene kleinräumliche Informationen über das **Energieversorgungsniveau** und -system an. Hiermit können aktuelle Bezugsdaten für regionale Energiekonzeptionen zur Sicherung des künftigen Energiebedarfs bereitgestellt werden. Die Heizungs- und Brennstofffragen liefern zudem regional differenzierte Erkenntnisse über Umweltbelastungen.

Wie für die Bevölkerungszahlen gibt es auch für die Gebäude- und Wohnungen eine **Fortschreibung** auf der Basis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung von 1968 an Hand der Daten der Bautätigkeitsstatistik, die die Zugänge an Gebäuden und Wohnungen nahezu vollständig erfaßt. Weitere wichtige Tatbestände für die exakte Fortschreibung von Gebäuden und Wohnungen sind aber auch die Abgänge in Form von Widmungen und Zusammenlegungen von Wohnungen sowie die Abbrüche von Gebäuden, die leider nicht oder nur unvollständig gemeldet werden. Derartige Ungenauigkeiten führen regional zu erheblichen Verzerrungen. Die Wohnungszahlen können im Saarland insgesamt Differenzen von etwa 20 000 oder mehr Wohnungen aufweisen. Nur eine Totalzählung kann den sich inzwischen aufsummierten Mangel beseitigen und eine solide Basis für die weitere Fortschreibung bieten.

3.3 Arbeitsstättenzählung

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung 1983 erstreckt sich als Rahmenczählung auf alle Wirtschaftsbereiche, ausgenommen sind der Landwirtschaftssektor und die privaten Haushalte. Die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft wurden bereits in der Landwirtschaftszählung 1979 erfaßt, auch in den Bereichen Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei fanden anschließend gesonderte Erhebungen statt. Der Bereich der Privaten Haushalte zählt traditionsgemäß nicht zum Erhebungskonzept der allgemeinen Arbeitsstättenzählungen, sondern wird im statistischen Programm der Volkszählung (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit) berücksichtigt.

Die Arbeitsstättenzählung (AZ) liefert in fachlicher und regionaler Gliederung eine Gesamtübersicht über Zahl und Größe der Arbeitsstätten und Unternehmen sowie über deren Rechtsformen. Der Umfang des Erhebungsprogramms beschränkt sich auf die Erfordernisse, die sich aus der Arbeitsstättenzählung als einer Rahmenczählung ergeben. Nur die AZ stellt aber auch Angaben für solche Bereiche zur Verfügung, die nicht oder nur lückenhaft durch andere Statistiken bzw. Einzelerhebungen ausgewiesen werden (z.B. Dienstleistungsbereiche, Organisationen ohne Erwerbszweck). Die Ergebnisse der AZ sind insbesondere für Angaben der Raumordnung, für die Landes- und Regionalplanung, die Strukturpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Verkehrspolitik eine außerordentlich wertvolle Informationsbasis. Darüber hinaus bildet das anfallende Datenmaterial die Grundlage für bestimmte nachfolgende Bereichserhebungen und Fachstatistiken, die z.T. auf repräsentativer Basis durchgeführt werden können.

Das Frageprogramm der AZ 1983 ist weitgehend demjenigen der Zählung aus dem Jahre 1970 angepaßt. Neben den üblichen Fragen zu den kennzeichnenden Angaben über Unternehmen, Arbeitsstätten, Beschäftigte, Rechtsformen, Niederlassungsart und dgl. werden zusätzlich einige weitere Sachverhalte wie das Eröffnungsjahr der Arbeitsstätte und der Grund der Eröffnung (Neuerichtung oder Standortverlagerung) ermittelt. Zur Gewinnung ausreichender Informationen über Umfang und Struktur des Angebots an Teil-

zeitarbeitsplätzen wurden auch Fragen über Teilzeitbeschäftigte in das Erhebungsprogramm aufgenommen.

Um für das Handwerk bestimmte Strukturdaten bereitzustellen — die letzte Handwerkszählung fand 1977 statt —, soll auch bei den Unternehmen ggf. die Handwerkseigenschaft nachgewiesen werden. Wie erstmals 1970 wird wiederum die Lohn- und Gehaltssumme des vorhergehenden Kalenderjahres erfragt, die sich als wertvolle Information erwiesen hat. Sie gibt u.a. Aufschlüsse darüber, in welchem Maße die wirtschaftliche Situation der Regionen von dem strukturellen Gewicht und der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Wirtschaftsbereiche abhängt. Die Frage nach ausländischen Arbeitskräften soll in Verbindung mit anderen in der AZ erhobenen Daten wichtige Strukturmerkmale zur Ausländerbeschäftigung liefern, die auf anderen Wegen nicht zu erhalten sind. Außerdem dienen diese Zahlen notwendigen Vergleichszwecken und der Abstimmung mit anderen Statistiken, z.B. denen der Arbeitsverwaltung. Die Angaben zu Fragen nach Telefonanschlüssen usf. sollen ebenfalls Informationen liefern, über die im Rahmen anderer Geschäftsstatistiken keine Daten erhältlich sind, sie sollen als Unterlage für Entwicklungs- und Ausbauplanungen der Fernmeldenetze dienen. Die ursprünglich vorgesehene Frage nach dem Umsatz des Unternehmens ist im Zuge der Straffung des Erhebungsprogramms der AZ entfallen; der Gesetzgeber hat hierauf verzichtet, um die Kosten der Erhebung und statistischen Aufbereitung des Datenmaterials in engen Grenzen zu halten und damit in Kauf genommen, daß insbesondere für Zwecke der sektoralen Wirtschaftsstrukturberichterstattung und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wünschenswerte Zusatzinformationen fehlen werden.

Schließlich ist auf einige technisch-organisatorische Probleme der Arbeitsstättenzählung hinzuweisen. Im Saarland sind etwa 40 000 Arbeitsstätten zu erfassen. Erfahrungsgemäß bestehen für die Zähler teilweise erhebliche Schwierigkeiten, in bestimmten Zählbezirken die auskunftspflichtigen Erhebungseinheiten festzustellen, vor allem im Dienstleistungssektor, in vielfältig gegliederten Einkaufs- und Geschäftszentren, in Passagen sowie in Büro- und Verwaltungskom-

plexen. Hier ist vorgesehen, neben einer sorgfältigen Schulung und Einweisung der Zähler gesonderte Kontrollen über einen Abgleich vorhandener Karteien und Unterlagen aus Fachstatistiken vorzunehmen, so daß die Vollzähligkeit des Erhebungsmaterials gesichert werden kann. Die Masse der Erhebungseinheiten wird mittels eines allgemeinen Erhebungsbogens durch ehrenamtliche Zähler erfaßt; für Behörden, Dienststellen der Bundesbahn, -post und der Bundeswehr ist ein Nachweis der Arbeitsstätten auf dem Dienstwege vorgesehen. Besondere organisatorische Vorkehrungen sind dabei zur Ermittlung der Löhne und Gehälter erforderlich, da in zahlreichen Fällen Angaben hierüber nicht an Ort und Stelle vorliegen, sondern z.T. über andere Stellen erfragt werden müssen. Im Saarland wird ferner in Verbindung mit der AZ 1983 eine zusätzliche Feststellung der ausländischen Beschäftigten mit ständigem Wohnsitz in Frankreich (lothringische Grenzgänger) vorgenommen. Diese Zusatzerfassung basiert auf landesrechtlichen Bestimmungen. Sie ermöglicht gleichzeitig einen Nachweis der Einpendler aus den französischen Nachbarregionen, nachdem die inländische Pendlerbewegung über die Volkszählung ermittelt wird.

Die amtliche Statistik hat bei der maschinellen Datenverarbeitung organisatorische Maßnahmen getroffen, daß das Erhebungsmaterial der einzelnen Zählungsteile weitgehend unabhängig und ohne zeitliche Verzögerungen aufbereitet werden kann. Erste vorläufige Ergebnisse der AZ 1983 werden auf regionaler Basis schon im Zuge der Plausibilitätsprüfungen zur Verfügung stehen. Selbstverständlich muß dafür gesorgt werden, daß zunächst das Zählgeschäft sorgfältig durchgeführt, die Signier- und Prüfarbeiten, die Datenerfassung und Plausibilitätskontrollen bzw. Korrekturen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Die Aufgaben der amtlichen Statistik bei der AZ können dabei wesentlich erleichtert werden, wenn sich in ausreichender Zahl qualifizierte Zähler gewinnen lassen, die Auskunftsbereitschaft der Unternehmen und Arbeitsstätten gefördert und generell Verständnis und aktive Mitarbeit aller Beteiligten an dem Zählungswerk geweckt werden können.

Heiner Bost Peter Nicolaus Ernst Dürschmid
Diplom Kaufmann Dipl. Volkswirt Dipl. Volkswirt

Dezentralisierung des Arbeitsplatzangebotes

Regionalstruktur des saarländischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1981

1. Regionale Gliederung des Saarlandes
2. Raum des klassischen Montankerns
 - 2.1. Stadtverband Saarbrücken
 - 2.2. Kreis Neunkirchen
3. Neue industrielle Zentren
 - 3.1. Saar-Pfalz-Kreis
 - 3.2. Kreis Saarlouis
4. Kreise mit niedrigem Industriebesatz
 - 4.1. Kreis Merzig-Wadern
 - 4.2. Kreis St. Wendel
5. Entwicklung in Kernraum und Randzone

1. Regionale Gliederung des Saarlandes

Den industriellen Kern des Saarlandes bildet auch heute noch der Stadtverband Saarbrücken. Hier konzentrieren sich 34 Prozent der Wohnbevölkerung und 41 Prozent der industriellen Arbeitsplätze auf 16 Prozent der Gesamtfläche des Landes. Wenn der Raum des Stadtverbandes Saarbrücken damit zwar weiterhin das wirtschaftliche Zentrum des Saarlandes bleibt, so hat aber doch nach 20 Jahren Strukturwandel seine beherrschende Stellung deutlich abgenommen. 1960 befanden sich noch 50 Prozent der industriellen Arbeitsplätze des Saarlandes im Raum des heutigen Stadtverbandes Saarbrücken. 1970 waren es nur noch 44 Prozent und seit 1978 noch 41 Prozent. Noch stärkere Einbußen als der Raum Saarbrücken mußte der Kreis Neunkirchen hinnehmen. Die industriellen Randzo-

nen Merzig-Wadern und St. Wendel konnten, von niedrigem Niveau startend, ihr Arbeitsplatzangebot ausweiten.

War die Industrialisierung des Saarlandes und im besonderen die des Raumes Saarbrücken-Vöcklingen-Neunkirchen durch das Entstehen und die Expansion der Montanindustrie bis Ausgangs der 50er Jahre bestimmt, so prägte dieser Bereich auch den Schrumpfungsprozeß der letzten 20 Jahre. Seit 1979 trug der Bergbau im Stadtverband Saarbrücken hingegen wieder zur Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus bei. Die relativ günstige Entwicklung der Kreise Saarlouis und Saar-Pfalz als an den Kernraum angrenzende Räume ist auf das sich hier konzentrierende Investitionsgüter produzierende Gewerbe zurückzuführen. Bei insgesamt geringer Industrialisierung kommt dieser Wirtschaftshauptgruppe auch im Kreis St. Wendel eine bedeutende Rolle zu. Die Wirtschaftsstruktur des Kreises Merzig-Wadern wird durch das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe bestimmt.

2. Raum des klassischen Montankerns

2.1. Stadtverband Saarbrücken

Industrielles Zentrum des Saarlandes ist, wie bereits eingangs erwähnt, weiterhin der Stadtverband Saarbrücken. Auf Grund des Montanschrumpfungsprozesses der letzten 20 Jahre und infolge der teilweise dynamischeren Entwicklung anderer Räume hat er jedoch an Bedeutung verloren. Die Industriedichte liegt jedoch weiterhin deutlich über der des Landesdurchschnittes und merklich über der aller üb-

Soweit nicht gesondert angemerkt beziehen sich die Daten 1960 — 1976 auf Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigte, entsprechend dem monatlichen Industriebericht. Die Daten 1977 — 1981 entstammen dem Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in der Abgrenzung Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind bis 1976 in dem vom Statistischen Amt des Saarlandes herausgegebenen Sonderheften „Industrie, Bau, Handwerk und Energiewirtschaft“ und ab 1977 in den Sonderheften „Produzierendes Gewerbe“ der einzelnen Jahre tiefgegliedert veröffentlicht. Auf Grund der Gebiets- und Verwaltungsreform 1974 sowie Änderungen im Berichtskreis und Systematik der Erhebung sind die Ergebnisse ab 1977 mit den Vorjahren nur noch eingeschränkt vergleichbar. Bei tiefer regionaler oder wirtschaftssystematischer Darstellung treten daher teilweise erhebliche Verzerrungen auf.

rigen Kreise. Das hier bereitgestellte industrielle Arbeitsplatzangebot beträgt immer noch 41 Prozent der Arbeitsplätze des gesamten saarländischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Tab. 1

Fläche, Wohnbevölkerung und Industriedichte der saarländischen Kreise im September 1981

Stadtverband Landkreis LAND	Fläche in qkm	Wohnbe- völkerung	Einwohner auf d. qkm	Industriedichte	
				Beschäftigte je qkm	Beschäftigte ¹⁾ je 1 000 Ein- wohner
Stadtverband SAARBRÜCKEN	410,56	364 172	887	156	176
Merzig-Wadern	554,78	99 952	180	22	122
Neunkirchen	249,81	150 248	601	66	109
Saarlouis	459,06	207 677	452	69	153
Saar-Pfalz-Kreis	420,68	152 112	362	59	162
St. Wendel	475,47	90 103	190	13	67
SAARLAND insgesamt	2 570,36	1 064 264	414	60	146

1) Beschäftigte in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

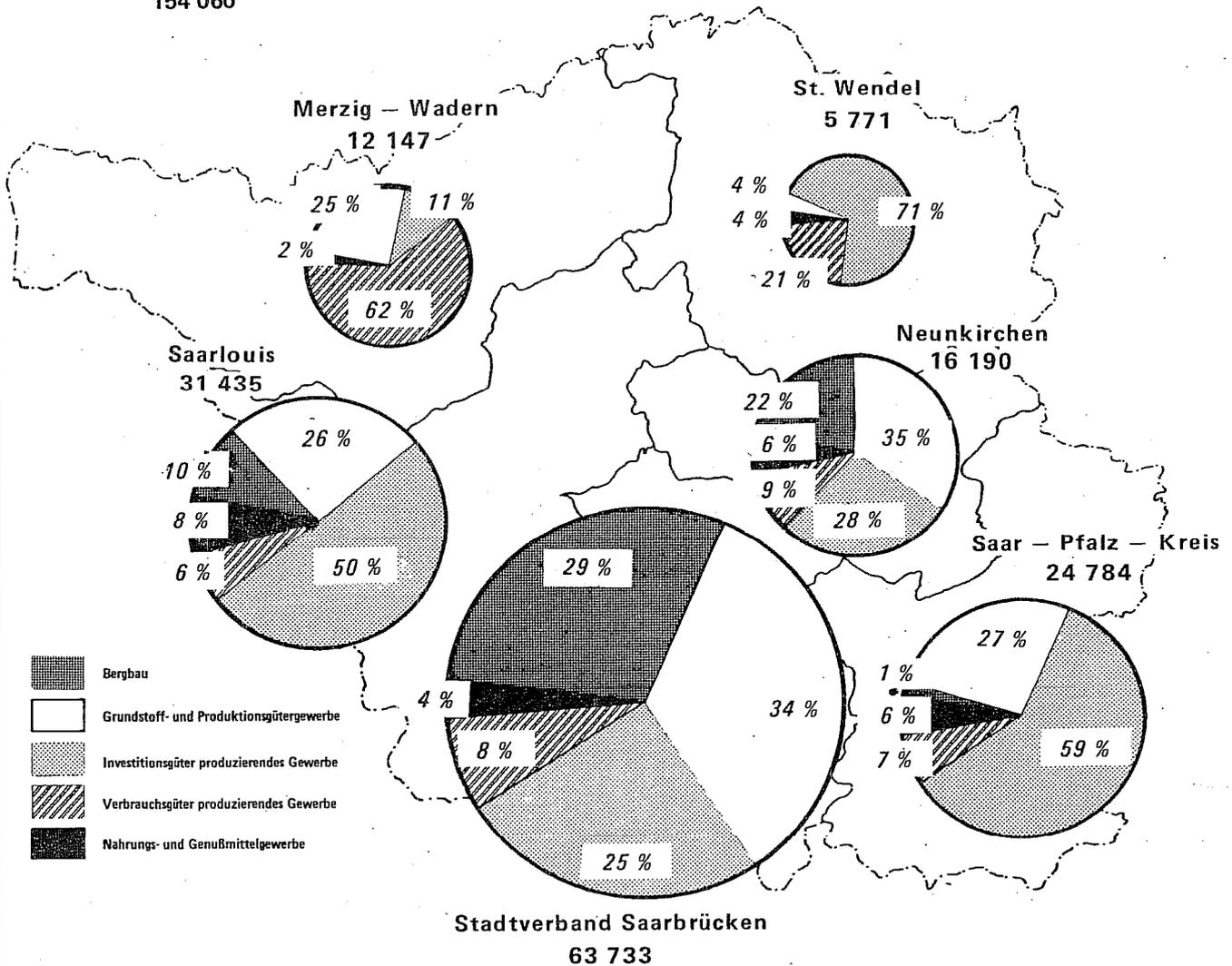
Grafik 1

Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes nach Kreisen und Wirtschaftshauptgruppen 1981

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

— SAARLAND insgesamt

154 060



Statistisches Amt des Saarlandes

Ausgewählte Daten und Kennziffern zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
des Saarlandes 1981

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Tab. 2

Ausgewählte Daten und Kennziffern	Stadtverband Saarbrücken	Merzig-Wadern	Neunkirchen	Saarlouis	Saar-Pfalz-Kreis	St. Wendel	Saarland insgesamt
Betriebe ¹⁾	215	36	65	117	111	46	590
Beschäftigte ¹⁾	63 733	12 147	16 190	31 435	24 784	5 771	154 060
Bruttolohn- und Gehaltssumme in Mill. DM	2 293,0	393,1	552,6	1 228,7	849,6	161,2	5 478,2
Gesamtumsatz in Mill. DM	10 523,7	1 329,7	1 751,0	6 171,1	3 215,1	545,3	23 535,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten in DM	35 979	32 358	34 132	39 085	34 281	27 938	35 559
Investitionen je Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1977 – 1980 in DM ²⁾	7 121	5 182	4 503	7 073	6 051	4 455	6 406
Exportquote in % ³⁾	18,9	38,7	27,1	47,3	38,7	3,9	30,5
Beschäftigtenanteil der Betriebe mit weniger als 500 Personen in %	23,4	18,3	28,8	26,0	38,3	63,4	28,0
Beschäftigtenanteil des Bergbaus und Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes in %	63,5	25,0	57,1	35,2	28,2	4,2	46,1
Beschäftigtenanteil des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes in %	25,2	10,7	27,9	50,3	59,0	70,4	36,6
Beschäftigtenanteil des Kreises am Land in %	41,4	7,9	10,5	20,4	16,1	3,7	—
Energieverbrauchsanteil des Kreises am Land in %	52,7	3,3	13,8	21,7	8,2	0,3	—

1) Monatsdurchschnitt

2) Durchschnitt der Jahre 1977, 1978, 1979 und 1980 in Preisen von 1980, Preisbereinigung mit dem Erzeugerpreisindex für Investitionsgüter, Basis 1976 = 100

3) gemessen am Gesamtumsatz

Der klassische Montankern des Saarlandes konzentriert sich weiterhin im Stadtverband Saarbrücken. 73 Prozent des Steinkohlenbergbaus und 48 Prozent des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes befinden sich in dieser Region; das heißt mehr als jeder zweite industrielle Arbeitsplatz wird hier weiterhin von Montanbetrieben bereitgestellt. Diese Relation galt vor 20 Jahren noch für das gesamte Saarland.

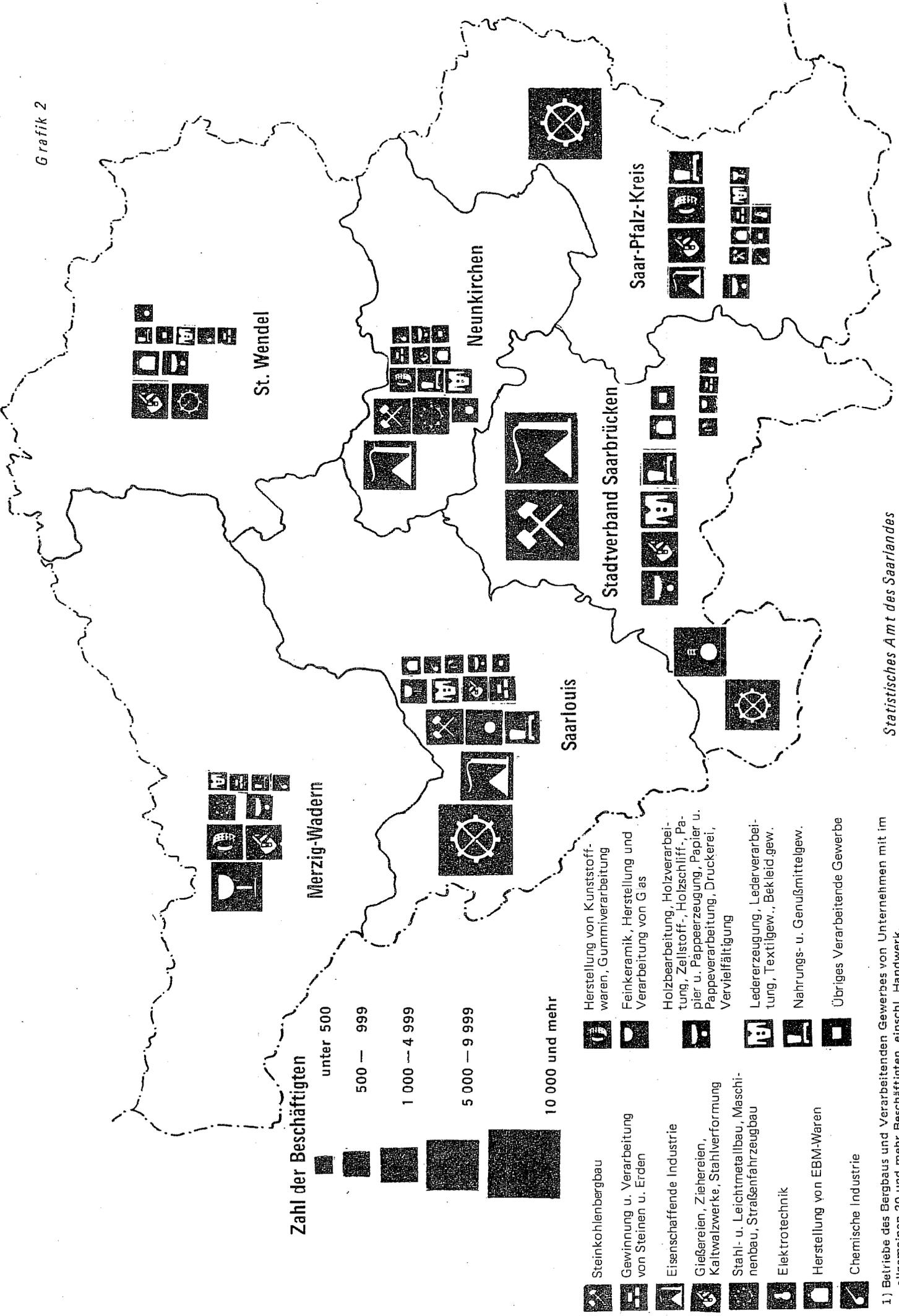
Nach dem Steinkohlenbergbau und der Eisen-schaffenden Industrie folgen mit weitem Abstand einige Wirtschaftszweige des hier unterrepräsentierten Investitionsgüter produzierenden Gewerbes: Elektrotechnik, Maschinenbau, Stahlbau und Straßenfahrzeugbau. Die im Saarland nicht all zu stark vertretene Elektrotechnik konzentriert sich im Stadtverband Saarbrücken. Zum Verbrauchsgüter produzierenden

Gewerbe zählen Druckereien und Betriebe des Bekleidungs-gewerbes. Im Nahrungs- und Genussmittel-gewerbe kommt der Fleischwaren-industrie und der Herstellung von Backwaren ein größeres Gewicht zu.

Vom industriellen Arbeitsplatzangebot her steht die Landeshauptstadt Saarbrücken mit rund 31 000 Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe deutlich an der Spitze, gefolgt von den Städten Völklingen mit 20 000 sowie Quierschied und Sulzbach mit jeweils rund 3 000. Von der Industriedichte her nimmt Völklingen eine Spitzenstellung unter allen saarländischen Gemeinden ein. Wenn Saarbrücken auch weiterhin über dem Landesdurchschnitt liegt, so hat die Industriedichte aber gegenüber 1970 deutlich abgenommen. Die im Stadtverband Saarbrücken erzeugten Produkte sind überwiegend für den deutschen

Industriestandorte des Saarlandes nach Kreisen 1981

Grafik 2



Statistisches Amt des Saarlandes

1) Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk.

Markt bestimmt. Die Exportquote, der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, beträgt rund 20 Prozent, bei über 30 Prozent im Landesdurchschnitt.

Für die Gesamtentwicklung der Region entscheidend war, daß von 1960 bis 1975 allein im Bergbau 18 000 Arbeitsplätze verloren gingen, im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe in der gleichen Zeit über 3 000. In den letzten sechs Jahren verlor diese Hauptgruppe zusätzlich weitere 6 000 Arbeitsplätze. Diese Entwicklung konnte durch die Expansion des Bergbaus ausgangs der 70er Jahre nur zum Teil kompensiert werden. Im Gegensatz zu der Entwicklung in anderen Teilräumen gab es per Saldo im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe keinen spürbaren Zuwachs.

2.2. Kreis Neunkirchen

Vom industriellen Arbeitsplatzangebot stand 1960 der Kreis Neunkirchen, damals noch Kreis Ottweiler, auf dem zweiten Platz unter den saarländischen Kreisen. Diese Position konnte er jedoch nur bis Mitte der 60er Jahre halten und wurde dann von den Kreisen Saarlouis und Saar-Pfalz auf Platz vier verdrängt. Die Region Neunkirchen dürfte ohne Zweifel durch den wirtschaftlichen Strukturwandel der letzten 20 Jahre am stärksten betroffen sein. Bereits bis 1970 hatte dieses Gebiet ein Drittel seiner industriellen Arbeitsplätze verloren.

Bestimmt wurde diese Entwicklung bis Mitte der 70er Jahre durch die Krise des Steinkohlenbergbaus. Seit dieser Zeit, bis einschließlich 1982, schlugen vor allem die Arbeitsplatzverluste der Eisenschaffenden Industrie zu Buche. Die Beschäftigtenzahl des Steinkohlenbergbaus fiel von 1960 bis 1975 von 17 000 auf 3 700 um fast 80 Prozent. Befand sich 1960 noch jeder zweite industrielle Arbeitsplatz im Bergbau, so ist es heute nur noch etwa jeder fünfte. Zusätzlich gingen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe in den letzten zwei Jahrzehnten rund 5 000 Arbeitsplätze verloren. Diesen Verlusten stand im Investitionsgüter produzierenden

Gewerbe lediglich ein Zugewinn von etwas über 3 000 Arbeitsplätzen gegenüber. Vom Nahrungs- und Genußmittelgewerbe gingen keine entlastenden Effekte aus. Der im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe bis 1972 zu verzeichnende leichte Zuwachs ging anschließend wieder weitgehend verloren.

Bestimmt wurde das Bild dieser Region bis 1981 durch seinen immer noch hohen Montananteil von fast 60 Prozent. Mit den 1982 stattgefundenen Veränderungen in der eisenschaffenden Industrie des Saarlandes dürfte sich dieses Bild weiter wandeln. Eine gewisse Bedeutung für die Region hat lediglich noch der Straßenfahrzeugbau und der Maschinenbau. Trotzdem ist das Arbeitsplatzangebot des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit rund 4 500 Beschäftigten bescheiden. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe sind die Wirtschaftszweige Herstellung von Kunststoffwaren und Bekleidungsgewerbe zu erwähnen, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe die Fleischwarenindustrie und die Brauereien.

Die Industriedichte des Kreises Neunkirchen liegt heute deutlich unter dem Landesdurchschnitt und wird nur noch vom Kreis St. Wendel unterschritten. Die Stadt Neunkirchen zählte 1981 rund 10 600 Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, gefolgt von der Gemeinde Schiffweiler mit 3 700.

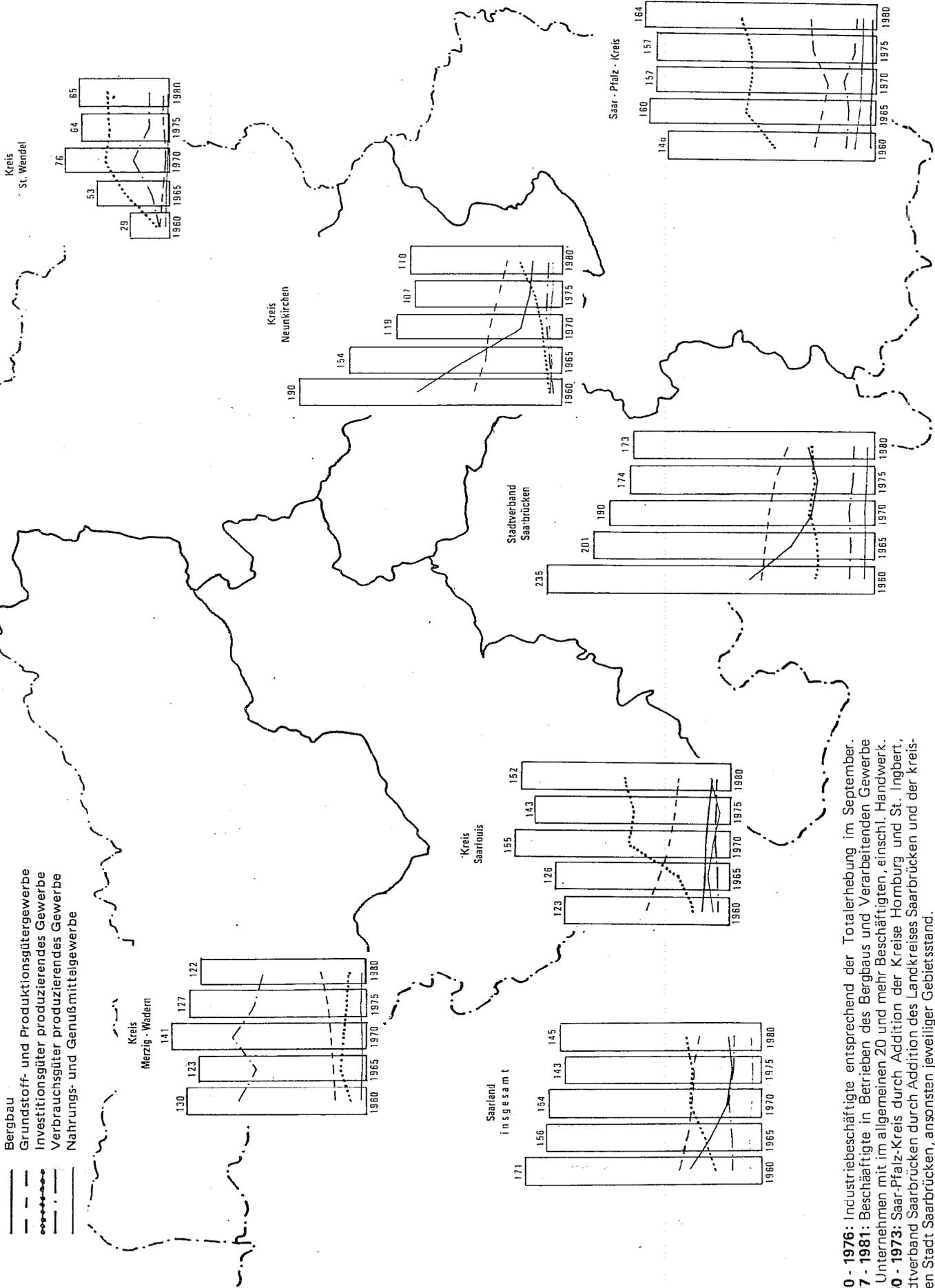
3. Neue industrielle Zentren

3.1. Saar - Pfalz - Kreis

Der Saar - Pfalz - Kreis stellt das Zentrum des saarländischen Maschinenbaus dar. 44 Prozent des saarländischen Maschinenbaus befinden sich in dieser Region. Der Anteil des Saar-Pfalz-Kreises an den gesamten Industriebeschäftigten betrug 1981 rund 16 %. Im Saar-Pfalz-Kreis befinden sich 58 Prozent der Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, was sich in der bisherigen Entwicklung als wachstumsgünstig

Industriebeschäftigte (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) je 1000 Einwohner nach Kreisen und Wirtschaftshauptgruppen 1960 - 1980

Grafik 3



1960 - 1976: Industriebeschäftigte entsprechend der Totalerhebung im September.
 1977 - 1981: Beschäftigte in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk.
 1960 - 1973: Saar-Pfalz-Kreis durch Addition der Kreise Homburg und St. Ingbert, Stadtverband Saarbrücken durch Addition des Landkreises Saarbrücken und der kreisfreien Stadt Saarbrücken, ansonsten jeweiliger Gebietsstand.

ge Struktur erwies. Der mit 28 Prozent noch relativ hohe Anteil des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes beruht zu einem großen Teil auf der Gummiverarbeitung, die in den 70er Jahren stark expandierte. Neben dem Maschinenbau kommt auch dem Stahlbau und dem Straßenfahrzeugbau in dieser Region eine gewichtige Rolle zu. Der Anteil des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe wird durch die Brauereien bestimmt.

Der Saar-Pfalz-Kreis gehört im Saarland zu den Räumen, die Anfang der 60er Jahre stark expandierten; zu einem Zeitpunkt, als im übrigen Land das Arbeitsplatzangebot bereits rückläufig war. Die Gründe für die sich anschließende stetige Entwicklung lagen in der günstigen Wirtschaftsstruktur und in spürbaren Ansiedlungserfolgen, die Anfang der 70er Jahre eine hohe Investitionstätigkeit nach sich zogen. Auf Grund des nur kleinen Montankerns und der neuangesiedelten Zweigbetriebe der Gummiverarbeitung kam es in den 70er Jahren sogar zu positiven Wachstumsraten im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Ähnlich der Entwicklung in anderen Teilräumen erwies sich die Beschäftigungsausweitung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe Anfang der 70er Jahre nur als vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes. Die im Saar-Pfalz-Kreis erzielten Umsätze stammen zu 35 bis 40 Prozent aus dem Auslandsgeschäft.

Mit rund 15 000 Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe bildet die Stadt Homburg das industrielle Zentrum der Region, gefolgt in deutlichem Abstand von St. Ingbert mit 7 000 und Bexbach mit 1 700. Nach dem Stadtverband Saarbrücken, als altem Industriezentrum des Saarlandes, besitzt der Saar-Pfalz-Kreis die zweithöchste Industriedichte der saarländischen Kreise. Neben dem Kreis Saarlouis bildete der Saar-Pfalz-Kreis in den letzten 20 Jahren die Region mit der stärksten Wachstumsdynamik. Ein Grund hierfür dürfte in der relativ geringen Vorbelastung durch schrumpfende Sektoren wie dem Montanbereich gelegen haben.

3.2. Kreis Saarlouis

Das Bild des Kreises Saarlouis wird im wesentlichen durch vier Wirtschaftszweige geprägt. An erster Stelle steht der in den 60er Jahren erst entstandene Straßenfahrzeugbau, gefolgt von der traditionsreichen Eisenschaffenden Industrie. Mit deutlichem Abstand kommen die Wirtschaftszweige Stahlbau und Steinkohlenbergbau auf Platz drei und vier. Wurde der Saar-Pfalz-Kreis als das Zentrum des saarländischen Maschinenbaus charakterisiert, so bildet der Kreis Saarlouis das Zentrum des saarländischen Straßenfahrzeugbaus und Stahlbaus. Diese beiden Wirtschaftszweige bestimmen hier das Bild des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe ist nur schwach vertreten. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erhält durch die Wirtschaftszweige Herstellung von Süßwaren und Fleischverarbeitung sein Gepräge.

Mit über 60 Prozent wies der Kreis Saarlouis Anfang der 60er Jahre einen hohen Montananteil auf, der sich zwischenzeitlich auf rund die Hälfte reduziert hat. Diese Reduktion ist gegen der Entwicklung anderer Teilräume nur zum Teil das Ergebnis eines reinen Schrumpfprozesses. Gewichtiger war hier die Expansion in anderen Bereichen, insbesondere im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, während sich die Beschäftigtenzahlen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, ähnlich der Entwicklung im übrigen Land, in den letzten 20 Jahren um fast ein Viertel verringerte, fiel der Rückgang im Kohlenbergbau mit etwa 15 % deutlich schwächer aus.

Diesen Einbußen stand die schon zuvor angeführte dynamische Expansion des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, insbesondere des Straßenfahrzeugbaus, gegenüber. Zählte dieses im Kreis Saarlouis 1960 noch 4 600 Beschäftigte, so waren es 1981 schon 14 600. Das bedeutet saldiert gegen die Arbeitsplatzverluste in dieser Hauptgruppe einen Zuwachs von 10 000. Daneben gab es, wenn auch in ihrer Dimension bescheidener, Impulse aus dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Wirtschaftshauptgruppe	Stadtverband Saarbrücken		Merzig-Wadern		Neunkirchen		Saarlouis		Saar-Pfalz-Kreis		St. Wendel		Saarland insgesamt	
	1960	1981	1960	1981	1960	1981	1960	1981	1960	1981	1960	1981	1960	1981
Bergbau	37,4	29,4	—	—	55,5	22,4	15,8	9,6	2,0	1,5	4,5	—	30,8	16,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	34,8	34,1	16,6	25,0	32,5	34,7	48,9	25,6	27,6	26,7	19,4	4,2	33,9	29,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	17,5	25,2	9,2	10,7	4,8	27,9	20,7	50,3	48,1	59,0	33,1	70,4	19,0	36,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,2	7,8	71,3	62,1	2,9	9,4	6,1	6,4	13,5	6,8	31,9	21,3	11,6	12,3
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	3,1	3,5	2,9	2,1	4,4	5,6	8,5	8,1	8,9	6,0	11,0	4,1	4,8	5,0

1) Gemessen an der Zahl der Beschäftigten in % der Industriebeschäftigten 1960, der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1981 vgl. Fußnote Grafik 3

Von den 31 400 Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Kreis Saarlouis entfallen 13 000 auf die Stadt Saarlouis und 9 000 auf die Stadt Dillingen. Es folgt die ehemalige Gemeinde Schwalbach mit 4 500, sowie die Gemeinden Saarwellingen und Wadgassen mit rund 1 000 industriellen Arbeitsplätzen. Von der Industriedichte her gesehen kommt der Kreis Saarlouis mit einem Wert knapp über dem Landesdurchschnitt nach dem Stadtverband Saarbrücken und dem Saar-Pfalz-Kreis auf Platz drei. Im Bezug auf die Industriedichte nehmen die Städte Dillingen und Saarlouis eine Spitzenstellung ein. Bestimmt wird dies durch den Stahlbau sowie die Eisenschaffende Industrie in Dillingen und den Straßenfahrzeugbau in Saarlouis. Vom Exportvolumen her präsentiert sich Saarlouis als der Kreis mit dem größten Anteil an Auslandsumsätzen. Rund 50 Prozent des in Saarlouis erzielten Umsatzes wird mit dem Ausland abgewickelt. Saarlouis ist heute der Kreis des Saarlandes, der sein Arbeitsplatzangebot am deutlichsten ausweiten konnte.

4. Kreise mit niedrigem Industriebesatz

4.1. Kreis Merzig-Wadern

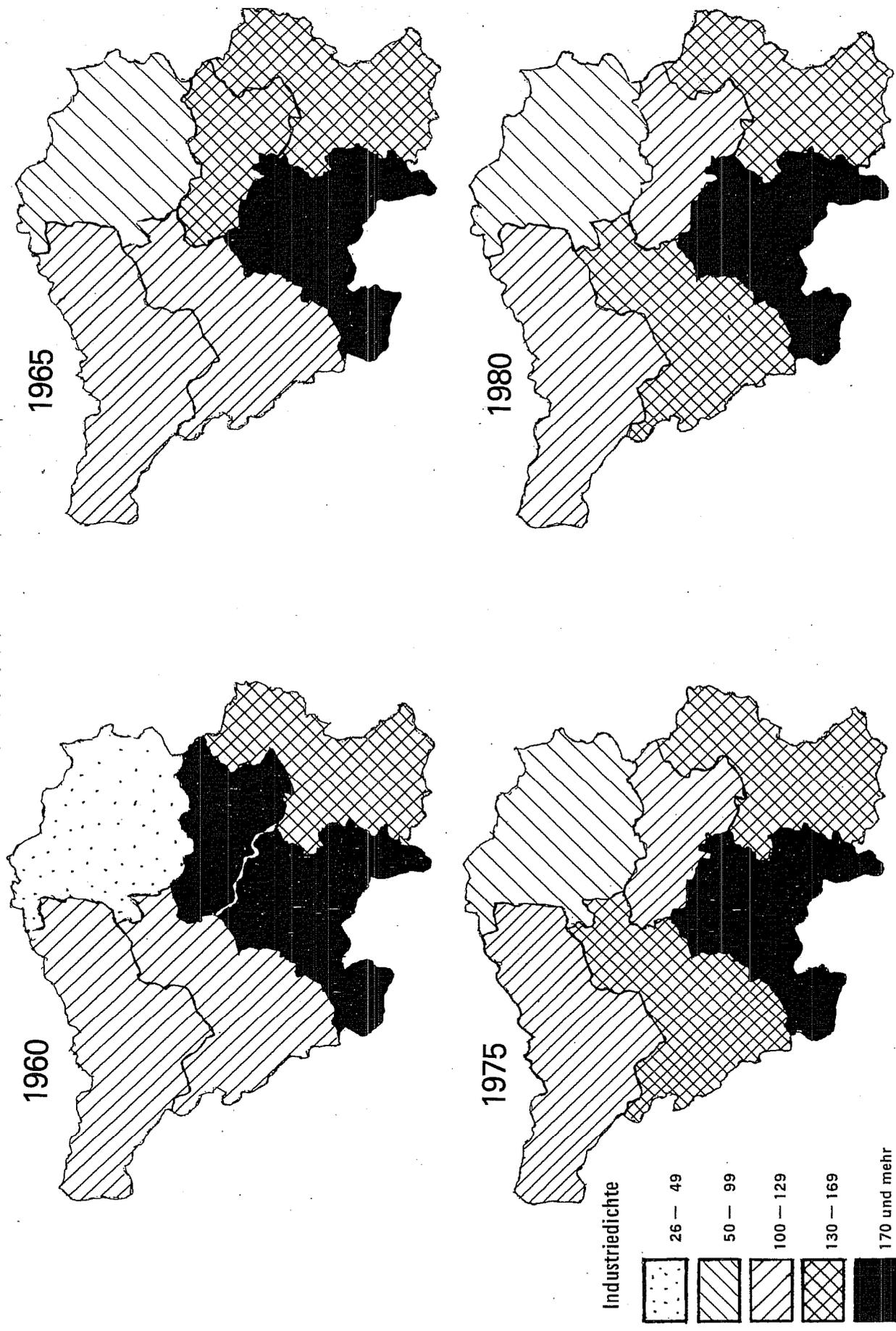
Flächenmäßig ist der Landkreis Merzig-Wadern mit 555 qkm oder 22 Prozent der Gesamtfläche der größte Kreis des Saarlandes. Trotzdem entfallen nur 9,4 % der Bevölkerung und 8,5 % der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf diesen Raum. Wenn die Industriedichte nur die drittniedrigste ist, so liegt dies an der geringen Bevölkerungsdichte, die die Relation Industriebeschäftigte zu Wohnbevölkerung nicht so schlecht erscheinen läßt.

Von den 12 150 tätigen Personen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 1981 entfielen 61 Prozent auf das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe. Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe heißt im Kreis Merzig-Wadern vor allem Feinkeramik. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe hat mit 11 Prozent ein geringes Gewicht. Für saarländische Verhältnisse ist auch das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe unterrepräsentiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region wurde auch in den letzten beiden Jahrzehnten durch die dominierende Stellung der Feinkeramik wesentlich geprägt. Das Grundstoff- und

Industriedichte der saarländischen Kreise 1960 - 1980

Grafik 4



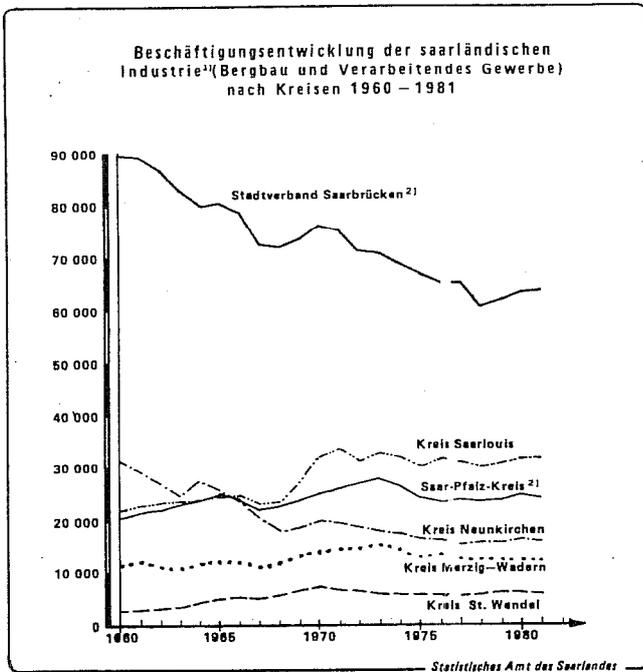
Industriedichte

	26 — 49
	50 — 99
	100 — 129
	130 — 169
	170 und mehr

Industriedichte: Beschäftigte in der Industrie (im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe) je 1000 Einwohner (Wohnbevölkerung)
1960 — 1975: Industriebeschäftigte entsprechend der Totalerhebung im September.
1980: Beschäftigte in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk.
1960 — 1973: Saar-Pfalz-Kreis durch Addition der Kreise Homburg und St. Ingbert, Stadtverband Saarbrücken durch Addition des Landkreises Saarbrücken und der kreisfreien Stadt Saarbrücken, ansonsten jeweiliger Gebietsstand.

Statistisches Amt des Saarlandes

Grafik 5



vgl. Fußnote Grafik 3

Produktionsgütergewerbe konnte in den zurückliegenden Jahren, nicht zuletzt auf Grund der Gummiverarbeitung, deutlich expandieren. Die Anfang der 60er Jahre im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zu beobachtende Expansion wurde in den letzten Jahren durch einen spürbaren Rückgang abgelöst. Ähnlich den Verhältnissen im Landesdurchschnitt betrug der Exportanteil in der Vergangenheit rund ein Drittel des Umsatzes. Lediglich die Gemeinde Mettlach liegt mit ihrer Industriedichte über dem Landesdurchschnitt. Daneben besitzen Merzig und Wadern eine etwas höhere Industriedichte, erreichen den Landesdurchschnitt aber nicht.

4.2. Kreis St. Wendel

Nach Merzig-Wadern ist der Landkreis St. Wendel flächenmäßig der zweitgrößte Kreis des Saarlandes. Trotz 476 qkm, was etwa 19 Prozent der Gesamtfläche entspricht, entfallen auf ihn nur 8,5 % der Bevölkerung und 3,7 % der industriellen Arbeitsplätze. 70 Prozent der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes arbeiten in Betrieben des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes. Bestimmt wird das Strukturbild durch die Wirtschaftszweige

Straßenfahrzeugbau, Stahlverformung und Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe prägen die Betriebe der Holzverarbeitung und des Bekleidungs gewerbes. Dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe kommt nur eine untergeordnete Rolle zu. Der Kreis kann insgesamt als gering industrialisiert bezeichnet werden.

1960 auf extrem niedrigem Niveau startend erlebte die Industrie in den 60er Jahren eine deutliche Expansion, 2 500 Beschäftigte 1960 standen 1970 bereits rund 7 100 gegenüber, was in relativen Zahlen ausgedrückt die stärkste Steigerung unter allen Kreisen des Saarlandes darstellt. Diese Zahl war jedoch bereits 1975 auf 5 800 abgefallen und blieb bis heute weitgehend konstant. Verantwortlich für diese Entwicklung war das starke Schrumpfen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes in den 70er Jahren. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe konnte demgegenüber das Ende der 60er Jahre erworbene Beschäftigungsniveau weitgehend halten. Der Absatz der vorhandenen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes ist auf den Inlandsmarkt orientiert. Die Exportquote liegt unter 5 Prozent bei 30 Prozent im Landesdurchschnitt. Die Investitionstätigkeit je Beschäftigten blieb in den meisten Jahren deutlich hinter dem Landesdurchschnitt zurück, was teilweise über die Branchen- und die Betriebsgrößenstrukturen erklärt werden kann.

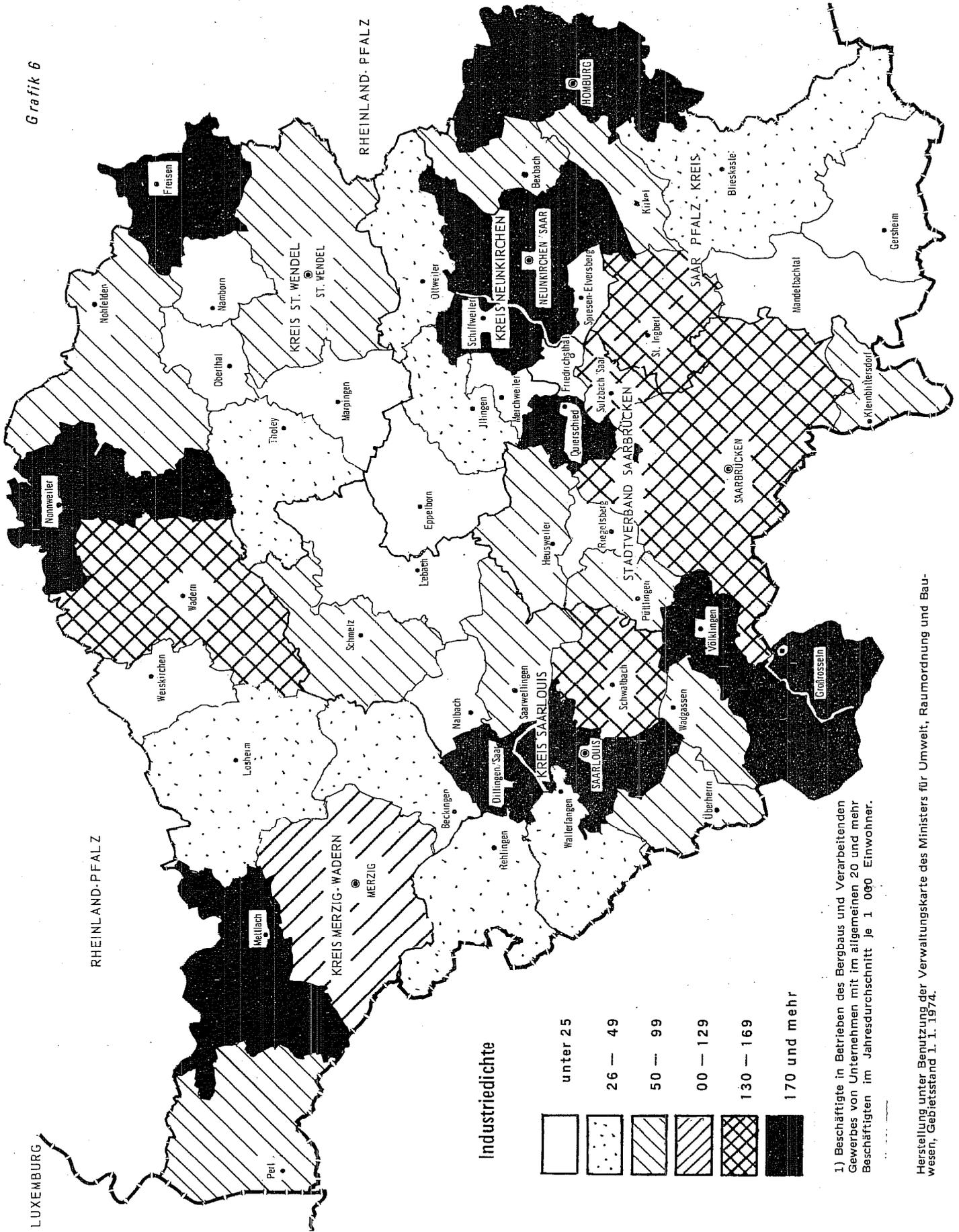
1981 kamen im Kreis St. Wendel auf 1 000 Einwohner 65 industrielle Arbeitsplätze bei 146 im Landesdurchschnitt. Eine gewisse überörtliche Bedeutung hat lediglich das industrielle Arbeitsplatzangebot der Gemeinden Nönnweiler und Freisen, was jedoch das Gesamtbild des Kreises nicht wesentlich ändert. Mit dem Kreis Merzig-Wadern zusammen bildet der Kreis St. Wendel die industrielle Randzone des Saarlandes.

5. Entwicklung in Kernraum und Randzone

Das Saarland hat in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten einen wirtschaftlichen Struktur-

Industriedichte, Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je 1000 Einwohner der saarländischen Gemeinden 1981

Grafik 6



Industriedichte

	unter 25
	26 — 49
	50 — 99
	100 — 129
	130 — 169
	170 und mehr

1) Beschäftigte in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im Jahresdurchschnitt je 1 000 Einwohner.

Herstellung unter Benutzung der Verwaltungskarte des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen, Gebietsstand 1. 1. 1974.

Tab. 4

Industriebeschäftigtenentwicklung¹⁾ im Saarland
1960 – 1980

Jahr	Stadtverband ²⁾ Saarbrücken Neunkirchen		Saarlouis Saar-Pfalz-Kreis ²⁾		Merzig-Wadern St. Wendel		Saarland insgesamt
	Anzahl	% ⁴⁾	Anzahl	% ⁴⁾	Anzahl	% ⁴⁾	
1960	119 697	68,4	41 621	23,8	13 579	7,8	174 897
1962	114 422	65,9	44 912	25,9	14 216	8,2	173 550
1964	106 815	63,3	46 986	27,9	14 862	8,8	168 663
1966	102 650	61,2	48 246	28,8	16 851	10,0	167 747
1968	89 702	59,3	45 151	29,8	16 455	10,9	151 308
1970	93 847	55,6	54 440	32,2	20 631	12,2	168 918
1972	90 062	53,3	58 260	34,4	20 757	12,3	169 079
1974	85 556	52,5	57 612	35,3	19 946	12,2	163 114
1976	80 644	52,9	53 246	34,9	18 687	12,2	152 577
1978 ³⁾	76 527	51,5	53 997	36,3	18 085 ³⁾	12,2	148 609
1980	80 122	51,7	56 554	36,5	18 198	11,8	154 874

1) 1960 – 1976 Ergebnisse des Industrieberichts für Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, 1978 – 1980 Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk.

2) 1960 – 1972 Stadtverband Saarbrücken durch Addition des Landkreises Saarbrücken und der kreisfreien Stadt Saarbrücken, Saar-Pfalz-Kreis durch Addition der Kreise Homburg und St. Ingbert.

3) Vergleich zu den Vorjahren durch Systematikänderung wesentlich beeinträchtigt.

4) Anteil der zusammengefaßten Kreise am Landesergebnis.

wandel erfahren, der nicht ohne Folgen auch für die räumliche Struktur bleiben konnte. Seit der wirtschaftlichen Rückgliederung sah sich die Saarindustrie mit zwei Problemkomplexen konfrontiert. Der eine Problemkomplex ergab sich unmittelbar aus dem Anschluß an den deutschen Wirtschaftsraum. Die Bedingungen und Erreichbarkeiten der Beschaffungs- und Absatzmärkte änderten sich durch die Ausgliederung aus dem französischen und die Eingliederung in den deutschen Wirtschaftsraum. Auf dem neuen deutschen Markt und auf dem heimischen Markt ergaben sich geänderte Konkurrenzbedingungen. Hinzu kam, daß die dominierende Montanindustrie zunehmend in die Krise geriet. Bestimmte die Montanindustrie die Expansion der Saarwirtschaft bis Ende der 50er Jahre, so bestimmte sie auch wesentlich die Probleme der 60er und 70er Jahre.

Der alte Montankern Saarbrücken-Völklingen-Neunkirchen erfuhr einen rapiden Arbeitsplatzverlust. Der Raum Neunkirchen, der lange Zeit ein Arbeitsplatzangebot hatte, das Pendlerströme aus den angrenzenden nördlichen und östlichen Regionen anzog, verlor entscheidend an Bedeutung. Gemessen an der Industriedichte reicht das Arbeitsplatzangebot heute für die eigene Wohnbevölkerung nicht mehr aus. Der Stadtverband Saarbrücken mußte zwar auch erhebliche Verluste hinnehmen, die jedoch das zuvor beschriebene Ausmaß noch nicht erreicht haben.

Die übrigen Kreise waren, gemessen an der Industrievertellung 1960, mehr oder weniger Randzonen. Vor allem in diesen sich unmittelbar anschließenden Randzonen Saarlouis und Saar-Pfalz-Kreis entstanden neue Industrien mit einer teilweise stürmischen Entwicklung. Die weiter entfernten Räume Merzig-Wadern und St. Wendel partizipierten an diesem Trend nur zum Teil oder starteten auf so niedrigem Niveau, daß ihr Industriebesatz weiterhin unterdurchschnittlich blieb.

Die alte Region des Montankerns verlor an Bedeutung zu gunsten der sich anschließenden bereits leicht industrialisierten Räume. Hier waren es vor allem die Betriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes die das Arbeitsplatzangebot dauerhaft erhöhten. Den Anfang der 70er Jahre erzielten Ausweitungen im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe standen Mitte der 70er Jahre wieder entsprechende Verluste gegenüber. Regional gesehen brachte der branchenmäßige Strukturwandel auch eine Verschiebung der räumlichen Wirtschaftsstruktur. Der mit der Montanindustrie schrumpfenden Kernregion stand eine deutliche Expansion der angrenzenden Räume gegenüber, die im Ergebnis zu einer Dezentralisierung des Arbeitsplatzangebotes führte.

Norbert Bettinger
Dipl. Volkswirt

BEHINDERTE IM SAARLAND AM 31. 12 1981

A) Vorbemerkungen

B) Ergebnisse

1. Gesamtüberblick
2. Behinderungen bei Männern häufiger als bei Frauen
3. Gut jeder zweite Behinderte war erwerbstätig
4. 12 600 durch Behinderung voll erwerbsunfähig
5. Ein Drittel aller Behinderten leidet unter funktionsgestörten inneren Organen
6. Schwerbehinderung insbesondere durch Querschnittslähmung
7. Ein Viertel mit Mehrfachbehinderung
8. Über drei Viertel der Behinderungen durch Krankheit bedingt
9. Landkreis Neunkirchen hat größte Behindertenquote
10. Über 5 000 in Schulen für Behinderte
11. Fast 40 Mio DM für Eingliederungshilfen

C) Schlußbemerkung

A. Vorbemerkungen

In der Vergangenheit wurde vielfach bemängelt, daß weder auf Bundes- noch auf Länderebene verlässliche Zahlen über Behinderte vorliegen. Bildungs- und Sozialstatistiken stellten zwar Informationen über Behinderte zur Verfügung, eine eigene „Behindertenstatistik“ als Bundesstatistik wurde erst durch das Schwerbehindertengesetz (SchwbG) vom 29.04.1974 angeordnet und zum 31.12.1979 erstmals durchgeführt.

Durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14.03.1980 ist die Periodizität auf zwei Jahre festgelegt worden. Erfasst werden von dieser Sta-

tistik alle Behinderte, bei denen von den Versorgungsämtern eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von wenigstens 30 % festgestellt und anerkannt worden ist. Für diesen Personenkreis werden die persönlichen Merkmale von der Versorgungsverwaltung erfaßt wie z.B. Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Stellung im Erwerbsleben bzw. im Beruf sowie Art und Ursache der Behinderung einschließlich des Grades einer auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit. Diese Einzeldaten wurden dem Statistischen Amt des Saarlandes in anonymisierter Form über EDV - Tabellen erstmals zu dem Erhebungsstichtag 31.12.1979 gemeldet. Die Ergebnisse der zweiten Erhebung zum Stichtag 31.12.1981 werden im folgenden dargestellt, wobei für alle Bestandszahlen mit der Bezeichnung „Behinderte“ folgende Begrenzungen gelten:

1. Die Statistik bezieht sich auf die als Behinderte bei den Versorgungsämtern registrierten Personen, obwohl die Eigenschaft, Behinderter zu sein, nach dem Schwerbehindertengesetz unmittelbar besteht und nicht erst durch Antrag, Feststellungsbescheid oder Ausweis zustande kommt.

2. Bei den Versorgungsämtern können nur Personen als Behinderte erfaßt und anerkannt sein, die im Sinne des SchwbG behindert sind. Für die Erhebung nach dem SchwbG gilt als Behinderung jeder körperliche, geistige oder seelische Zustand, der von dem für das Lebensalter typischen abweicht und nicht vorübergehend ist, wobei ein Zeitraum von sechs Monaten als Kriterium zugrunde gelegt wird. Behinderung ist nach dem SchwbG zunächst eine Verhinderung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit. Die Minderung der Erwerbsfähigkeit — im folgenden als MdE abgekürzt — ist ein Maß für den Grad der Behinderung durch körperliche, geistige oder seelische Mängel und wird durch entsprechende Prozentminderungen ausgedrückt. Aus ihr lassen sich jedoch kaum Rückschlüsse auf das Ausmaß der individuellen Leistungsfähigkeit einer Person in einem be-

stimmten ausgeübten oder angestrebten Beruf ziehen. Liegen mehrere Behinderungen vor, so wird neben den MdE-Graden für die einzelnen Behinderungen eine Gesamt-MdE errechnet. Übersteigt diese 30 %, so kann die betroffene Person den Schutz des SchwbG für sich geltend machen.

3. Der nachgewiesene Bestand ist insofern problematisch, als zum einen Personen, die keinen Antrag auf Anerkennung als Behinderte gestellt haben, unbekannt bleiben, zum anderen können vom Landesversorgungsamt die Abgänge nur unvollkommen oder oft mit großer zeitlicher Verzögerung festgestellt werden. Der Leser sollte daher sein Augenmerk weniger auf die bis zur letzten Einheit ausgewiesenen absoluten Zahlen richten als vielmehr auf deren Inhalte und Strukturen.

B. Ergebnisse

1. Gesamtüberblick

7 % der Bevölkerung als Behinderte anerkannt

Am 31.12.1981 waren insgesamt 72 987 Personen im Saarland mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 30 % vom Landesversorgungsamt als behindert anerkannt. Das sind rund 7 % der Bevölkerung. Ihre Zahl hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresergebnis um 15 116 Personen und somit um gut ein Viertel erhöht. Dieser bemerkenswerte große Zugang ist vor allem auf die weiterhin anhaltende Antragsflut von Erstanträgen sowie auf die Neufeststellung bereits bewilligter Anträge zurückzuführen. Den weitaus größten Anteil von rund drei Vierteln stellten die Schwerbehinderten (Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 und mehr Prozent) mit 55 323 Fällen. Zunächst die Hälfte aller Behinderten litten unter funktionsgestörten inneren Organen. Danach folgten mit einer Quote von einem Fünftel die Behinderten, die unter dem Verlust, Teilverlust oder Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen zu leiden haben. Alle weiteren Behinderungen fallen wesentlich niedriger ins Gewicht.

Von den 94 255 festgestellten Ursachen der Behinderungen waren 7 693 Kriegsbeschädigungen. Angeborene Schäden kamen in 4 831 Fällen vor, und durch Unfälle wurden 5 447 Behinderungen hervorgerufen. Bei den verbliebenen 57 180 Beeinträchtigungen (78,4 %) wurde der Ursprung der Leiden auf sonstige Krankheiten und Ursachen zurückgeführt. Am häufigsten haben ältere Männer unter Behinderungen zu leiden. Auch liegt die Behindertenquote der Männer in jeder Altersgruppe über der der Frauen.

2. Behinderungen bei Männern häufiger als bei Frauen

Ende 1981 waren im Saarland 72 987 Menschen, davon ein Drittel Frauen, mit einer MdE von mindestens 30 % als behindert anerkannt.

Von den 2 107 Behinderten bis unter 18 Jahre waren 59 % Jungen und 41 % Mädchen. In den verschiedenen Altersgruppen von 18 bis unter 65 Jahren stieg der Anteil der Männer von 62,0 % bis auf 72,7 %. Insgesamt waren in allen Altersgruppen mehr Männer als Frauen als behindert anerkannt. Sogar in der Altersgruppe über 65 Jahren lag der Anteil der als behindert anerkannten Männer (58 %) deutlich höher als der der Frauen. Daß es in der Bevölkerung tatsächlich mehr behinderte Frauen als behinderte Männer im Alter über 65 Jahren gibt, liegt u.a. an der längeren Lebenserwartung der Frauen, denn in dieser Altersgruppe stellen die Frauen 9,5 % der Bevölkerung, die Männer dagegen nur 5,3 %.

Mit zunehmendem Alter stieg auch die Zahl der Mehrfachbehinderungen. Während von jeweils 100 Behinderten unter 18 Jahren nur 8 eine Mehrfachbehinderung aufwiesen, wuchs die Quote auf 44,5 % bei den über 65-Jährigen an.

Von Interesse ist aber auch der Vergleich der Altersverteilung der Behinderten mit der der Gesamtbevölkerung. Bei 22 % Bevölkerungsanteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren stellt diese Altersgruppe nur 2,9 % bei den Behinderten.

Behinderte am 31.12.1981 nach Altersgruppen, Geschlecht, Mehrfachbehinderungen und Bevölkerungsanteil

Altersgruppe	Behinderte								auf 1 000 Einwohner ¹⁾		Leicht-behinderte 30-unter 50 %	Schwer-behinderte 50-unter 100 %	Vollerwerbs-unfähige Behinderte 100 %
	insges.	dar. männl.	davon mit						insges.	dar. männl.			
			nur einer Behinderung			mehreren Behinderungen							
	Sp.1	2	Anzahl	in % von Sp.1	dar. männl.	Anzahl	in % von Sp.1	dar. männl.	9	10	11	12	13
unter 6 Jahre	256	142	235	91,8	131	21	8,2	11	4,4	4,8	10,9	30,9	58,2
6 bis unter 15 Jahre	1 167	685	1 077	92,3	641	90	7,7	44	9,6	11,0	10,5	34,3	55,2
15 bis unter 18 Jahre	684	416	624	91,2	374	60	8,8	42	11,8	14,1	15,4	39,3	45,3
unter 18 Jahre zus.	2 107	1 243	1 936	91,9	1 146	171	8,1	97	8,9	10,3	12,2	35,5	52,3
18 bis unter 25 Jahre	2 985	1 851	2 721	91,2	1 687	264	8,8	164	23,3	28,0	23,6	44,0	32,4
25 bis unter 35 Jahre	4 654	2 896	4 235	91,0	2 636	419	9,0	260	32,7	39,8	33,1	42,1	24,8
35 bis unter 45 Jahre	7 988	5 217	7 007	87,7	4 560	981	12,3	657	54,2	71,1	40,3	46,5	13,2
45 bis unter 55 Jahre	17 486	12 337	14 074	80,5	9 801	3 412	19,5	2 536	124,1	176,4	36,2	54,9	8,9
55 bis unter 60 Jahre	13 007	8 969	9 358	72,0	6 278	3 649	28,0	2 691	188,5	312,5	23,5	65,9	10,6
60 bis unter 62 Jahre	5 389	3 815	3 599	66,8	2 463	1 790	33,2	1 352	240,3	411,2	17,8	70,4	11,8
62 bis unter 65 Jahre	4 223	3 069	2 669	63,2	1 891	1 554	36,8	1 178	197,4	359,3	13,9	71,0	15,1
65 Jahre und älter	15 148	8 740	8 407	55,5	4 892	6 741	44,5	3 848	96,4	156,9	6,7	66,2	27,1
insgesamt	72 987	48 137	54 006	74,0	35 354	18 981	26,0	12 783	68,4	95,2	24,2	58,5	17,3

1) Stand 31.12.1980

Zu den Jungerwachsenen (18 bis unter 25 Jahre) zählen 4,1 % der Behinderten, aber 12 % der Bevölkerung. Dieses Verhalten bleibt so, wenn auch mit sinkenden Größen, bis zum Alter von 45 Jahren, dann kehrt sich die Richtung um. Die Größe der Abweichung wächst nun aber nicht wieder stetig an, sondern erreicht ihr Maximum bei den 60- bis 62-Jährigen, wo der Behindertenanteil dreieinhalbfach so groß ist wie der Einwohneranteil, und fällt zur obersten Altersgruppe (65 Jahre und älter) hin auf einen Faktor von 1,4 ab. Die Kriegsschäden sowie das angestrebte vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben dürften wohl wichtige Ursachen für die Massierung unter den älteren Behinderten sein, abgesehen davon, daß die Behindertendichte ohnehin mit zunehmendem Alter zunimmt. Daß die genannten Faktoren ihre Bedeutung haben, zeigt sich auch daran, daß bei Männern die unterschiedliche Besetzung der Altersgruppen zwischen Behinderten und Bevölkerung deutlich größer sind als bei Frauen; diese Faktoren kommen also bei Männern eindeutig stärker zum Tragen. Positiv zu werten ist die gegenläufige Abweichung am Anfang der Altersreihe. Sie wird in dem späteren Kapitel über die Ursache der Behinderung einleuchtend: nur 5,6 % aller Behinderungen sind angeboren; die Mehrzahl beruht also auf späteren Lebensinflüssen, die sich daher mit steigendem Alter zunehmend auswirken.

3. Gut jeder zweite Behinderte war erwerbstätig

Von allen Behinderten waren 52,4 % erwerbstätig. Dies erscheint als sehr hoher Wert, lautet doch der Vergleichswert für die gesamte Bevölkerung nur 37,8 % (Mikrozensus 1981).

Nun lassen sich diese beiden Zahlen allerdings nur eingeschränkt miteinander vergleichen, weil man zunächst einmal lediglich die Bevölkerung ab 15 Jahren mit der entsprechenden Behinderenzahl dieser Altersklassen in Beziehung setzen muß. Zum zweiten gibt es bei den unter 18-jährigen weniger Erwerbstätige als ab 62 Jahren.

Zudem hängt der Anteil der erwerbstätigen Behinderten nicht allein von ihrer statistisch erfaßten Anzahl selbst ab, sondern eben so sehr von der tatsächlichen Zahl aller Behinderten. Wenn diese in der Statistik zu klein sein sollte, wird der Anteil der erwerbstätigen Behinderten zu groß ausgewiesen.

Behindertengruppe	Behinderte insgesamt	davon waren		Behinderte (15 Jahre und älter) insgesamt	davon waren		Von der Wohnbevölkerung ¹⁾ (15 Jahre und älter) waren er- werbstätig
		erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig		erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	
	Anzahl	%		Anzahl	%		
Leichtbehinderte	17 664	73,6	26,4	17 513	74,2	25,8	.
Schwerbehinderte	55 323	45,6	54,4	54 051	46,7	53,3	.
darunter MdE von 100 %	12 604	21,9	78,1	11 791	23,2	76,8	.
Insgesamt	72 987	52,4	47,6	71 564	53,4	46,6	48,1
davon							
männlich	48 137	61,5	38,5	47 310	62,6	37,4	69,2
weiblich	24 850	34,6	65,4	24 254	35,4	64,6	29,5

1) Mikrozensus 1981

Im folgenden wird nach den Merkmalen Schwer-/Leichtbehinderung und Geschlecht differenziert. Die Erwerbstätigenquote betrug bei den Schwerbehinderten insgesamt 45,6 % und erreichte mit 73,5 % bei den Leichtbehinderten (unter 50 % MdE) naturgemäß einen wesentlich höheren Wert. Gut ein Drittel der Erwerbstätigen waren Frauen. Die Erwerbsbeteiligung der Behinderten ist damit bei beiden Geschlechtern deutlich höher als die der entsprechenden Gesamtbevölkerung, was sich — wie oben erläutert — zum einen aus den Unterschieden der Altersstruktur erklärt, zum anderen aber auch daraus, daß Anträge auf Anerkennung einer Behinderteneigenschaft wegen der steuerrechtlichen und sonstigen Vergünstigungen vor allem von erwerbstätigen Personen gestellt werden. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen, deren Erwerbsbeteiligung daher auch in Relation zu den Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) erheblich stärker über der entsprechenden Quote der weiblichen Gesamtbevölkerung liegt, als dies bei den Männern der Fall ist. Selbst die behinderten Männer im berufsfähigen Alter wiesen eine um 8 Prozentpunkte höhere Erwerbsquote auf als die entsprechenden Bevölkerungsjahrgänge insgesamt.

4. 12 600 durch Behinderung voll erwerbsunfähig

Von den rund 73 000 Behinderten im Saarland hatte fast ein Viertel eine leichtere Behinderung mit einer MdE von weniger als 50 %. Bei einem Drittel der Behinderten wurde eine Erwerbsminderung von 50 % bis 70 % festgestellt. Eine MdE von 70 % bis unter 100 % hatte fast ein Viertel aller Behinderten. 12 604 — oder fast jeder Sechste — waren erwerbsunfähig, bzw. genauer, hatten eine MdE von 100 %. Gerade am Beispiel der 100 %-MdE wird deutlich, daß zwischen dem amtsärztlichen Befund, ein Behinderter sei um X % in seiner Erwerbsfähigkeit gemindert, und dem tatsächlichen Erwerbsleben des Behinderten ein gewisser Spielraum liegt. Die Minderung einer Fähigkeit um 100 % berechtigt nur zu einer frühzeitigen Rente auf Antrag. Dennoch gehen von den 12 604 solcherart Behinderten im Saarland 2 762 oder 22 % einem Erwerb nach.

Hiermit soll auf die qualitative Komponente des Begriffes „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ hingewiesen werden, zu der auch gehört, daß eine Person wegen der Behinderung andere, notfalls auch geringwertige Arbeit durchaus verrichten kann. Ein Terminus wie etwa, „Grad der Behinderung“ wäre daher sicherlich neutraler als „Minderung der Erwerbsfähigkeit“.

Eine Altersstrukturanalyse der drei Behinderten-
gruppen läßt unterschiedliche Schwerpunkte in
den Verteilungen hervortreten. So steigt der Be-
völkerungsanteil der Leichtbehinderten mit jeder
Altersgruppe und erreicht bei 35 bis 45 Jahren
sein Maximum. Die danach folgende Abnahme er-
klärt sich überwiegend aus dem Überwechsell
zur Gruppe der Schwerbeschädigten. Heilung der
Behinderung und damit Verbesserung der Er-
werbsfähigkeit dürfte mit zunehmenden Lebens-
alter zwar eine untergeordnete Rolle spielen, aber
dennoch häufiger vorkommen als bei den
Schwerbeschädigten. Bei dieser Gruppe nimmt
der Anteil vom Kindesalter bis zum Rentenalter
ständig zu. Neben dem Zuwachs aus den Leicht-
behinderten ist hier anzuführen, daß Unfälle und
Erkrankungen bei älteren Menschen oft gra-
vierendere Folgen und weniger Aussichten auf er-
folgreiche Wiederherstellung der Gesundheit und
Arbeitskraft haben als bei jüngeren Menschen.
Die Gruppe der Vollerwerbsunfähigen hat ihr
Maximum im Kindesalter von 4 bis 6 Jahren,
nimmt dann bis zur Altersgruppe der 45- bis
55- Jährigen ständig ab, um anschließend wieder
anzuwachsen. Hier ist davon auszugehen, daß
Kinder mit solch schwerwiegenden Behinde-
rungen oft nur eine geringe Lebenserwartung ha-
ben. Desweiteren kann sicherlich auch ein Teil
von ihnen durch entsprechende Hilfen soweit
versorgt werden, daß sie nach einiger Zeit „nur
noch“ den Schwerbeschädigten angehören.

5. Ein Drittel aller Behinderten leidet unter funktionsgestörten inneren Organen

Als Kernaussage dieser Statistik dürfen wohl die
Feststellungen über die Art der Behinderung
gelten. An der Spitze aller Behinderungen
stehen, wahrscheinlich entgegen landläufiger
Erwartung, Beeinträchtigungen der Funktion
von inneren Organen bzw. Organsystemen
(23 902 Fälle), wobei fast die Hälfte dieser
Gruppe (11 786 Personen) an Herz- und Kreis-
lauferkrankungen litt. Es folgen die 14 493
Gliedmaßenkrankten. Eine Funktionseinschrän-
kung der Wirbelsäule und des Rumpfes oder
eine Deformierung des Brustkorbes wurden bei
9 570 Personen festgestellt. Querschnittsläh-
mung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Be-
hinderungen oder Suchtkrankheiten bildeten bei

7 621 Personen die schwerste Behinderung. Gut
drei Viertel aller Behinderungen entfielen auf
diese vier großen Bereiche. Blind oder sehbe-
hindert waren 3 812 Personen, 2 631 litten
unter Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit,
Schwerhörigkeit oder an Gleichgewichtsstörun-
gen. Unter Kleinwuchs oder Entstellungen litten
1 087 Personen, mit einem Anteil von 1,5 %
die kleinste Gruppe der Behindertenarten.
Mit 13,5 % lag die Quote der „sonstigen un-
genügend bezeichneten Behinderungen“ recht
hoch.

Der Anteil der männlichen Behinderten, die
unter dem Verlust, Teilverlust oder der Funk-
tionseinschränkung von Gliedmaßen leiden,
liegt mit 23,3 % weit über dem der Frauen
(13,3 %). 13,7 % aller Behinderten sind durch
Funktionseinschränkungen oder Verlust eines
oder beider Beine beeinträchtigt. Noch deut-
licher als bei den anderen Behinderungsgruppen
fällt hier die hohe Zahl unter den 35 - 45-Jährigen
auf. Gegenüber der Altersgruppe der 25-bis 35-
Jährigen liegt ihre Zahl mehr als doppelt so hoch,
was größtenteils auf die Auswirkungen des 2.
Weltkrieges zurückzuführen ist. Bei Behinderun-
gen der Wirbelsäule und des Rumpfes, des
Sehens und des Nervensystems sind Frauen da-
gegen stärker betroffen als Männer. Die Be-
hinderung „ Kleinwuchs und Entstellung “ be-
traf Frauen neunmal stärker als die Männer,
wobei die Amputation der weiblichen Brust in-
folge Krebserkrankung mit 109 Fällen die
häufigste Ursache war.

6. Schwerbehinderung insbesondere durch Quer- schnittslähmung

Wie bereits erwähnt, führen die einzelnen Be-
hinderungsarten zu unterschiedlichen MdE-
Graden. Durch die Zusammenfassung der Be-
hinderungen zu Gruppen geht zwar der direkte
Bezug zur Schwere der einzelnen Behinderung
verloren, dennoch lassen sich bestimmte Schwer-
punkte auf der MdE-Skala erkennen. Dabei
ist allerdings immer zu beachten, daß es sich
um die Gesamt-MdE des Behinderten handelt,
also etwa vorhandene zweite oder dritte Be-
hinderungen einbezogen sind. Immerhin war
ein gutes Viertel der Behinderten von Mehrfach-
behinderungen betroffen.

Art der Behinderung	Behinderte insgesamt		davon				davon (in %) mit einer MdE von%				
			männlich		weiblich		unter 50	50		70	100
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		bis unter			
								70	100		
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	2 907	4,0	2 583	5,4	324	1,3	3,4	26,0	48,6	22,0	
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	11 586	15,9	8 606	17,9	2 980	12,0	22,1	43,4	24,7	9,8	
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	9 570	13,1	5 937	12,3	3 633	14,6	33,9	41,8	18,7	5,6	
Blindheit und Sehbehinderung	3 812	5,2	2 325	4,8	1 487	6,0	26,0	22,1	13,9	38,0	
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	2 631	3,6	1 757	3,7	874	3,5	16,3	36,0	21,1	26,6	
Kleinwuchs, Entstellungen u.a.	1 087	1,5	105	0,2	982	4,0	14,8	38,1	32,6	14,5	
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	23 902	32,8	15 777	32,8	8 125	32,7	18,6	39,6	29,8	12,0	
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankh.	7 621	10,4	4 590	9,5	3 031	12,2	3,5	18,1	23,1	55,3	
Sonstige ungenügend bezeichnete Behinderungen	9 871	13,5	6 457	13,4	3 414	13,7	55,3	23,2	12,4	9,1	
Insgesamt	72 987	100,0	48 137	100,0	24 850	100,0	24,2	34,4	24,1	17,3	

Erwerbsunfähigkeit im Sinne einer 100 %igen MdE war besonders häufig bei Behinderten der Gruppe „Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig - seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten“ festzustellen. Jeder zweite Behinderte (55,3 %) dieser Gruppe ist erwerbsunfähig, wobei nahezu allen Querschnittsgelähmten eine MdE von 100 % zuerkannt wurde. Desgleichen führt Blindheit oder hochgradige Sehbehinderung in fast allen Fällen zur Erwerbsunfähigkeit. Nur durch die Zusammenfassung mit den die Erwerbsfähigkeit weniger einengenden sonstigen Sehbehinderungen ergibt sich für die Gruppe insgesamt ein Anteil von 38 %. Bei den übrigen Gruppen schwankt der Anteil der Erwerbsunfähigen zwischen 26,6 % (Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen) und 95,6 % (Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes). Der Schwerpunkt der leichten Behinderungen lag eindeutig bei den „sonstigen Behinderungen“, aber auch der Anteil der Gruppe „Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes“ war deutlich höher als bei den restlichen Gruppen. Klammert man bei den Schwerbehinderten die Erwerbsunfähigkeit einmal aus, so haben die einzelnen Behinderungsgruppen mit zwei Ausnahmen ihr Schwergewicht bei einer MdE zwischen 50 und 70 %. Während gut jedem dritten Behinderten

ein solcher MdE-Grad zuerkannt worden war, waren es bei den Behinderten mit Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie von inneren Organen jeweils rund zwei Fünftel. Die Anteile der Behinderten mit einer MdE zwischen 70 bis unter 100 % lagen bei den einzelnen Behinderungsarten zwischen 12,4 % und 32,6 %. Eine Ausnahme bildeten hier jene Behinderten, denen wegen Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen die Behinderteneigenschaft zuerkannt worden war. Für diese Behinderten betrug der Anteil 48,6 %.

7. Ein Viertel mit Mehrfachbehinderung

Unter Berücksichtigung der eingangs getroffenen Einschränkungen wurden für die rund 73 000 Behinderten 94 255 Behinderungen ermittelt. Während für die weitaus überwiegende Zahl der Behinderten lediglich nur eine Behinderung festgestellt wurde, litten immerhin 26 % an mehreren Behinderungen, wobei Mehrfachbehinderungen bei Männern relativ etwas häufiger vorkamen als bei Frauen. Da Alter und Behinderung in engem Zusammenhang stehen, nimmt der Anteil der Mehrfachbehinderungen mit steigendem Alter zu, so daß fast jeder zweite Behinderte über 65 Jahre mehrere Behinderungen hatte.

Neben der Schwere der einzelnen Behinderung ist für die Minderung der Erwerbsfähigkeit eines Behinderten auch die Anzahl der Behinderungen von Bedeutung. So ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der Mehrfachbehinderungen mit zunehmendem MdE-Grad steigt und mit 42,1 % den höchsten Wert bei den Behinderten mit einer MdE von 70 bis unter 100 % erreichte. Dagegen errechnete sich für die Erwerbsunfähigen ein entsprechender Anteil von „nur“ 34,2 %. Das deutet darauf hin, daß für diesen Personenkreis überwiegend eine einzige Behinderung schon so schwerwiegend ist, daß Erwerbsunfähigkeit vorliegt.

8. Über drei Viertel der Behinderungen durch Krankheit bedingt

Für die Betrachtung der Ursachen, die zur Behinderung geführt haben, eignet sich die Zahl der Behinderungen weit eher als die der Behinderten.

Von den 94 255 anerkannten Behinderungen waren 77,4 % oder 73 002 krankheitsbedingt, das heißt, bei fast vier von fünf Behinderungen lag eine Krankheit (ohne Berufskrankheit oder angeborenes Leiden) zugrunde. Es folgten mit einem Anteil von 8,2 % Kriegsdienst-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen vor Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten mit 4,2 %. In 1 902 Fällen (2 %) waren Ursachen nicht angegeben bzw. nicht zu ermitteln, oder sie beruhten auf mehreren unterschiedlichen Ursachen. Verkehrsunfälle waren bei relativ wenigen Personen (1 132, 1,2 %), sonstige Unfälle bei 926 die Ursache der Behinderung. Häusliche Unfälle (334, 0,4 %) traten als Behinderungsursache am wenigsten in Erscheinung.

Bedeutende Unterschiede ergaben sich bei der Differenzierung nach Geschlechtern. Daß eine Kriegsbeschädigung oder ein Arbeits- oder Verkehrsunfall bei den Männern häufiger zu einer Behinderung geführt hat als bei Frauen, war zu

Behinderungen am 31.12.1981 nach Ursachen

Tab. 4

Ursache der Behinderung	Behinderte mit einer Erwerbsminderung						Behinderungen insgesamt		Behinderte					
	von 30 % bis unter 50 %		von 50 % und mehr						insgesamt		davon			
			insgesamt		darunter führten zur Erwerbsunfähigkeit		Männer				Frauen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Angeborene Behinderung	491	2,8	4 340	7,9	2 446	19,4	5 285	5,6	4 831	6,6	2 671	5,6	2 160	8,7
Arbeitsunfall ¹⁾ , Berufskrankheit	950	5,4	2 461	4,5	386	3,0	3 981	4,2	3 411	4,7	3 226	6,7	185	0,7
Verkehrsunfall	271	1,5	720	1,3	137	1,1	1 132	1,2	991	1,3	780	1,6	211	0,9
Häuslicher Unfall	112	0,6	171	0,3	24	0,2	334	0,4	283	0,4	209	0,4	74	0,3
Sonstiger Unfall	302	1,7	499	0,9	74	0,6	926	1,0	801	1,1	633	1,3	168	0,7
Kriegsdienst-Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	448	2,5	5 843	10,4	869	6,9	7 693	8,2	6 291	8,6	6 137	12,8	154	0,6
Sonstige Krankheit (einschl. Impfschaden)	14 496	82,1	40 288	72,8	8 483	67,3	73 002	77,4	54 784	75,1	33 330	69,2	21 454	86,3
Sonstige oder mehrere Ursachen	594	3,4	1 001	1,8	185	1,5	1 902	2,0	1 595	2,2	1 151	2,4	444	1,8
Insgesamt	17 664	100,0	55 323	100,0	12 604	100,0	94 255	100,0	72 987	100,0	48 137	100,0	24 850	100,0

1) einschl. Wege- und Betriebswegeunfall

Eine Aufgliederung der Ursachen zeigt eine sehr ungleiche Verteilung. Von den acht Ursachen trifft eine „sonstige Krankheit“ für 77 % aller Behinderungen zu. Für die statistische Analyse ist ein solches Ergebnis unbefriedigend, weil es einerseits infolge großer Merkmalsdifferenzierung zu sehr kleinen Fallzahlen führt, andererseits in einer äußerst stark besetzten Kategorie weitere Differenzierungen vermissen läßt.

erwarten; daß aber selbst häusliche Unfälle bei Männern häufiger als Ursache genannt wurden, legt die Vermutung nahe, daß einerseits schwere und gefährliche Arbeit meist auch im Haushalt von Männern verrichtet wird, daß andererseits nichterwerbstätige Hausfrauen häufig nach einem Unfall auf eine Antragstellung verzichten. Krankheitsbedingte Ursachen und angeborene Behinderungen dagegen waren in relativ größerem Umfang bei den Frauen zu verzeichnen.

Tab. 5

Sitz/Art der Behinderung nach Ursachengruppen

Sitz / Art der Behinderung	Anteile der Ursachengruppen an allen Behinderungen in %		
	Angeboren	Unfall und Beschädig.	Krankheit
Arm-/Beinverlust	3,2	75,8	20,1
Funktionseinschränkungen	5,2	36,3	57,0
Rumpf	3,3	5,9	89,5
Sehen	8,7	17,1	72,4
Hören und Sprechen	15,2	9,7	73,2
Kleinwuchs	63,1	—	35,4
Enstellung	10,6	22,1	61,1
Innere Organe	1,4	4,9	92,2
Nervensystem darunter	27,7	9,7	61,3
Querschnittslähmung	11,7	39,1	48,9
Störung der geistigen Entwicklung	72,7	0,6	25,4
Suchtkrankheiten	—	—	94,4

Wenn man die Ursachen auf die Merkmale „Angeboren“, „Unfall und Beschädigung“ sowie „Krankheit“ reduziert, ergeben sich erwartungsgemäß je nach der Art der Behinderungen unterschiedliche Gewichte. Der angeborene Schaden tritt mit zu fast zwei Dritteln (63,1 %) beim Kleinwuchs besonders hervor, erreicht aber auch bei der ganzen Gruppe „Nervensystem“ — und hier insbesondere bei der Störung der geistigen Entwicklung (72,7 %) — signifikante Werte. Selbst Schäden bei „Hören und Sprechen“, „Querschnittslähmung“ und „Enstellung“ sind häufig angeboren. Die Ursachengruppe „Unfall und Beschädigung“ (ohne Selbstbeschädigung) zeigt einen besonderen Schwerpunkt bei den Gliedereinbußen (75,8 %) und besitzt ein relativ großes Gewicht bei der Querschnittslähmung (39,1 %) und Funktionseinschränkungen an Armen oder Beinen (36,3 %). Die Krankheit ragt als Ursache mit 92,2 % am stärksten bei Schäden innerer Organe hervor, gefolgt von Funktionseinschränkungen am Rumpf (89,5 %). Daß die Ursache „Krankheit“ bei Hören, Sprechen und Sehen aber auch bei den meisten anderen Behinderungsarten dominiert, überrascht in Anbetracht ihres durchschnittlichen Anteils von 82,1% nicht.

9. Landkreis Neunkirchen hat größte Behinderungsquote

Betrachtet man die Verteilung der Behinderten auf die Kreise, so stellt man doch erhebliche Unterschiede bezüglich des Bevölkerungsanteils fest.

Tab. 6

Behinderte nach Kreisen und Anteil der Wohnbevölkerung

Wohngebiet / Kreis	Behinderte	Wohnbevölkerung (31.12.81)	Behinderte je 1 000 Einwohner
Stadtverband Saarbrücken	25 543	363 955	70,2
Kreis Merzig-Wadern	6 237	99 803	62,5
Kreis Neunkirchen	11 141	149 922	74,3
Kreis Saarlouis	13 534	207 296	65,3
Saar-Pfalz-Kreis	10 641	152 161	69,9
Kreis St. Wendel	5 580	89 896	62,1
Wohngebiet Saarland	72 676	1 063 033	68,4
Wohngebiet außerhalb des Saarlandes ¹⁾	311	—	0,3
Insgesamt	72 987	1 063 033	68,7

1) DDR und Ausland

Im Saarland waren auf 1 000 Einwohner 68,7 Behinderte anerkannt. Der Landkreis Neunkirchen (74,3), der Stadtverband Saarbrücken (70,2) und der Saar-Pfalz-Kreis (69,9) lagen über dem Landesdurchschnitt, während sich die Landkreise St. Wendel (62,1) und Merzig-Wadern (62,5) eindeutig unter dem Landesdurchschnitt bewegten. Der Landkreis Saarlouis (65,3) nahm eine mittlere Position ein.

Land	31. Dezember		Zu- bzw. Abnahme	31. Dezember	
	1979	1981		1979	1981
	Anzahl		%	je 1 000 Einwohner	
Schleswig-Holstein	108 523	191 180	76,2	42	73
Hamburg	83 805	156 660	86,9	51	96
Niedersachsen	381 213	669 968	75,7	53	92
Bremen	36 710	68 201	85,8	53	99
Nordrhein-Westfalen	1 149 423	1 941 306	68,9	68	114
Hessen	198 229	359 695	81,5	36	64
Rheinland-Pfalz	207 598	317 929	53,1	57	87
Baden-Württemberg	427 301	651 674	52,5	47	70
Bayern	569 067	857 742	50,7	52	78
Saarland	41 078	72 987	77,7	38	69
Berlin (West)	228 453	268 395	17,5	120	142
Insgesamt	3 431 400	5 555 737	61,9	56	90

Unter den eingangs gemachten Einschränkungen zeigt ein Vergleich der Durchschnittswerte für das Saarland mit denen des Bundesgebietes und anderer Bundesländer, daß das Saarland mit 69 Behinderten auf 1 000 Einwohner erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 90 liegt und nach Hessen (64 auf 1 000 Einwohner) die kleinste Behindertendichte aufweist. Die überaus große Steigerungsrate von + 77,7 % gegenüber 1979 ist auf eine anhaltende Antragsflut von Erstanträgen sowie auf die Neufeststellung bereits bewilligter Anträge zurückzuführen. Da die Behinderten-Statistik zum 31.12.1979 zum ersten Male durchgeführt wurde, ist ausgehend von den üblichen Anlaufschwierigkeiten von einer nicht unbedeutenden Untererfassung auszugehen, die ebenfalls zu dem bemerkenswert großen Zugang an Behinderten führte. Realistischerweise ist daher von einer Zunahme auszugehen, die nicht erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegen dürfte. Daß Berlin (142 Behinderte auf 1 000 Einwohner) und Nordrhein-Westfalen (114 Behinderte auf 1 000 Einwohner) die höchste Behindertendichte aufweisen, weist wiederum auf die Dependenz von Altersstruktur bzw. Berufsstruktur dieser Bundesländer und Behindertenquote hin.

10. Über 5 000 in Schulen für Behinderte

Neben der Erhebung nach dem Schwerbehindertengesetz werden die Behinderten in der Statistik über Einrichtungen der Jugendhilfe und der Schulen sowie der Krankenhausstatistik nachgewiesen; letztere ist allerdings für diesen Zweck nicht sehr aussagefähig.

Die Förderung der Behinderten beginnt in unserer Gesellschaft, sobald körperliche, geistige oder seelische Defizite bei dem Kind erkannt werden. Als erste Stufe für die pädagogische Förderung der behinderten Kinder sind die Sonderschulkindergärten anzusehen, zu denen auch die Sonderschulkindergärten gehören. Schulkindergärten für behinderte Kinder sind den Schulen für Behinderte angegliedert. Sie werden in der Regel von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen behinderten Kindern besucht und bereiten auf den Eintritt in die entsprechende Schule vor. Im Schuljahr 1981/82 bestanden im Saarland 3 Sonderschulkindergärten mit 6 Gruppen und 28 Kindern sowie 21 Schulkindergärten mit 25 Gruppen und 224 Kindern.

In den Tagesstätten werden behinderte Kinder (die noch nicht im schulpflichtigen Alter stehen) und Jugendliche betreut, letztere sind Behinderte im schulpflichtigen Alter, deren geistige Entwicklung hinter der der altersmäßigen Norm so stark zurückgeblieben ist, daß sie für die Schule für geistig Behinderte nicht geeignet sind. Diese teilstationären Einrichtungen dienen überwiegend dem Zweck, geistig behinderte Kinder im Rahmen der Eingliederungshilfe im lebenspraktischen Bereich auszubilden und für die Schule vorzubereiten. Für Jugendliche, die nicht schulpflichtig, aber doch werkstattfähig sind, werden Anlerngruppen gebildet, um sie nach Vollendung des 18. Lebensjahres in der Werkstatt für Behinderte beschäftigen zu können.

In 13 Tagesstätten wurden nach dem Stand vom 15. März 1982 insgesamt 244 geistig behinderte Kinder im Saarland betreut. Hier ist ein rückläufiger Trend festzustellen, denn im Jahre 1975 bestanden noch 15 Tagesstätten mit 530 Kindern. Dieser Rückgang ist auf die verminderte Geburtenzahl, aber auch die vermehrte Einrichtung von Sonderschulen G zurückzuführen. Aus der altersmäßigen Zusammensetzung der Kinder geht hervor, daß nur etwa 20 Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren in den Tagesstätten betreut werden. Das mag damit zusammenhängen, daß die meisten Eltern ihre Kinder in diesem Alter selbst versorgen. Der überwiegende Teil setzt sich zusammen aus Kindern, die schulpflichtig sind, bisher aber nicht eingeschult werden konnten.

In den Schulen für Behinderte werden Kinder und Jugendliche aufgenommen, die infolge einer Schädigung in ihrer Entwicklung und in ihrem Lernvermögen so beeinträchtigt sind, daß sie in den allgemeinen Schulen nicht oder nicht ausreichend gefördert werden können. Dem Sonderschulwesen wird im Saarland seit langer Zeit starke Beachtung geschenkt. Im Jahre 1946 bestanden nur 2 Sonderschulen, aber schon 1953 gab es 13 Schulen. Bis 1964 stieg ihre Zahl weiter auf 36 Schulen, erreichte 1970 die Zahl 48 und erhöhte sich weiter bis auf den derzeitigen Stand von 56 Schulen für Behinderte. Hier wurden im Schuljahr 1981/82 insgesamt 5 089 Kinder betreut. Im Vorjahresvergleich bedeutet

dies allerdings einen Rückgang um 506 Schüler (- 9 %), der vor allem in den Schulen für Lernbehinderte festgestellt werden konnte.

Die 56 Schulen für Behinderte gliederten sich wie folgt:

30 Schulen für Lernbehinderte mit
3 499 Schülern,

16 Schulen für Geistigbehinderte mit
794 Schülern,

2 Schulen „L“ für Verhaltensgestörte mit
147 Schülern,

2 Schulen für Körperbehinderte mit
196 Schülern,

2 Schulen für Verhaltensgestörte mit
149 Schülern,

sowie je eine Schule für Schwerhörige mit 94, Gehörlose mit 81, Blinde bzw. Sehschwache mit 84 und eine Sprachheilschule mit 45 Kindern. Von den insgesamt 5 089 Schülern waren knapp 40 % Mädchen. An den 263 ausländischen Schülern, darunter sieben Zehntel Italiener, hatten die Mädchen einen Anteil von gut einem Drittel. Die durchschnittliche Klassenfrequenz von 10,9 Schülern sagt zunächst wenig über die tatsächlichen Schulverhältnisse aus, da sie bei speziellen Schularten, wie z.B. Gehörlose, Sehschwache usw. zum Teil bedeutend niedriger liegt. Den Unterricht erteilten 547 vollzeitbeschäftigte, 35 teilzeitbeschäftigte und 5 nebenamtliche, nebenberufliche und teilbeschäftigte Lehrpersonen sowie 19 Lehrkräfte mit befristeten Dienstverträgen. Außerdem wurden die behinderten Schüler von 24 Kindergärtnerinnen, 12 Kinderpflegerinnen, 9 Krankengymnastinnen und 16 sonstigen Lehrhilfskräften betreut. Daneben erhielten zu Beginn des Schuljahres 1981/82 228 Schüler in 26 Klassen bzw. Gruppen Krankenhaus-, Heim- bzw. Hausunterricht.

Den Bedürfnissen in der beruflichen Rehabilitation wurde im Bereich der beruflichen Bildung im Schuljahr 1981/82 durch nachstehende Förderungsmöglichkeiten Rechnung getragen:

- Berufsvorbereitungsjahr (BVJ); 566 Schüler,
- Berufsgrundschule/Hauswirtschaft-Sozialpflege in Förderform; 479 Schüler,

- Landesberufsschule Homburg; 141 Schüler,
- Private Sonderberufsschule im Berufsbildungswerk Jugenddorf Homburg; 196 Schüler.

Berufsvorbereitende Maßnahmen, Berufsbildungs- und -förderungswerke sowie Werkstätten für Behinderte sind ebenfalls bemüht, behinderten jungen Menschen einen nach Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in Arbeit und Gesellschaft zu geben. Nähere Auskünfte hierzu sind dem Behindertenplan für das Saarland, hersg. vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, zu entnehmen.

11. Fast 40 Mio DM für Eingliederungshilfen (1981: 47.0 Mio DM)

Die Sozialhilfestatistik nimmt unter der Hilfeart „Eingliederungshilfen“ ebenfalls auf Behinderte bezug. So erhielten im Jahre 1980 insgesamt 2 906 Personen im Saarland rund 39 Mio DM an Eingliederungshilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz, und zwar für ärztliche Behandlung und Körperersatzstücke 806 Behinderte, für heilpädagogische Maßnahmen 243 Kinder, für Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung 442 behinderte Jugendliche, Eingliederungshilfen zur Berufsausbildung, Fortbildung und Arbeitsplatzbeschaffung 79 Behinderte, Hilfen zu einer Beschäftigung in einer Werkstatt 926 Behinderte sowie sonstige Eingliederungshilfen 461 Personen.

C. Schlußbemerkungen

Die Statistiken des Schulwesens und der Sozialhilfe, insbesondere aber die Erhebung nach dem Schwerbehindertengesetz mögen beim Leser durchaus Betroffenheit ausgelöst haben, wenn statistische Merkmalsausprägungen, wie z.B. die exakte Aufschlüsselung der Behinderungsarten, konkrete Vorstellungen und sogar Gefühle wecken. Dies ist nicht unbeabsichtigt, will man das ganze Ausmaß von Behinderungen und die dadurch für behinderte Menschen entstehenden Probleme auch nur annähernd verdeutlichen. Sollten Statistiken mit dazu beitragen können, die Situation unserer behinderten Mitbürger im Saarland weiter verbessern zu helfen, so hätten sie und mit ihnen möglicherweise auch dieser beschreibende Artikel ihren Sinn erreicht.

Gottfried Backes

M. A.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 067,8	1 064,7	1 065,1	1 064,9	1 064,6	1 062,2	1 061,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	632	617	615	866	827	569	595
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,1	7,0	7,0	9,6	9,5	6,3	6,8
* Lebendgeborene	Anzahl	876	875	923	839	833	933	814
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,8	9,9	10,5	9,3	9,5	10,3	9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 088	1 091	1 028	1 058	1 111	1 260	1 136
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,3	11,7	11,7	12,7	14,0	13,0
* im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	14	11	7	16	15	10	10
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	16,0	12,6	7,6	18,2	18,2	11,1	12,1
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 212	- 216	- 105	- 219	- 278	- 327	- 322
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,5	- 1,2	- 2,4	- 3,2	- 3,6	- 3,7
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 843	1 762	1 568	1 498	1 598	1 821	1 361
Ausländer	Anzahl	656	603	591	548	440	662	475
Erwerbspersonen	Anzahl	903	883	783	796	795	994	638
* Fortgezogene	Anzahl	1 819	1 817	1 724	1 552	1 662	1 756	1 787
Ausländer	Anzahl	399	453	433	363	471	579	464
Erwerbspersonen	Anzahl	1 039	997	1 017	889	865	971	911
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 24	- 55	- 156	- 54	- 64	+ 65	- 426
Ausländer	Anzahl	+ 257	+ 150	+ 158	+ 185	- 31	+ 83	+ 11
Erwerbspersonen	Anzahl	- 136	- 114	- 234	- 93	- 70	+ 23	- 273
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 600	2 528	2 467	2 223	2 330	2 759	2 468
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	23 903	29 914	28 879	28 051	29 735	36 566	36 425	35 381	35 530
* Männer	Anzahl	12 907	16 146	15 855	15 032	15 767	21 038	20 728	20 159	20 290
Arbeitslosenquote	%	6,5	8,1	7,8	7,6	8,1	9,5	9,4	9,2	9,1
Kurzarbeiter	Anzahl	4 265	7 850	11 938	7 459	2 989	11 640	8 551	6 400	8 832
Männer	Anzahl	3 860	7 022	10 957	6 836	2 315	10 662	8 010	5 471	7 910
Offene Stellen	Anzahl	3 159	2 097	2 518	2 465	2 359	1 364	1 346	1 247	1 208
Männer	Anzahl	2 257	1 458	1 780	1 696	1 563	920	921	849	808
Landwirtschaft										
Viehbestand¹⁾										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	73,3	71,7	-	-	73,5	-	-	-	72,7
Milchkühe	1 000	25,5	25,3	-	-	26,1	-	-	-	25,1
Schweine	1 000	49,6	48,8	48,7	-	-	-	48,4	-	-
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	3 017	2 711	2 890	2 423	2 499	2 631	2 700	2 155	2 111
* Kälber	Anzahl	59	61	95	70	60	74	64	48	43
* Schweine	Anzahl	8 722	8 678	8 770	8 494	9 609	8 947	8 026	7 994	8 259
Schlachtmengen										
* Rinder	t	1 546	1 450	1 502	1 392	1 506	1 414	1 439	1 316	1 282
* Kälber	t	4	5	7	6	6	5	5	3	3
* Schweine	t	697	680	667	663	740	680	634	640	661
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,7	9,6	10,5	11,3	10,6	10,1	10,4	11,5	10,6
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	88,6	87,4	87,2	88,4	87,1	87,1	87,2	88,1	88,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,2	12,3	13,6	14,2	13,8	13,0	13,7	14,7	14,0

1) Ergebnis der Viehzählung im Dezember sowie der Viehwirtschaftszählungen im April und Juni

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Betriebe	Anzahl	597	590	590	591	591	592	592	593	593
* Beschäftigte	1 000	155	154	154	153	153	152	151	150	150
* Arbeiter ²⁾	1 000	122	121	121	120	120	118	118	117	117
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 950	16 580	16 719	16 444	15 413	17 990	16 467	15 653	15 585
* Löhne und Gehälter	Mill. DM	435	457	416	493	462	438	433	477	475
* Löhne	Mill. DM	312	326	296	355	326	309	305	337	331
* Gehälter	Mill. DM	123	131	120	138	136	129	128	140	144
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	483	463	419	467	438	577	459	443	440
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mill. cbm.	74	84	80	86	101	96	90	85	91
* Heizölverbrauch	1 000 t	24	18	17	15	13	22	16	14	13
* leichtes Heizöl	1 000 t	6	5							
* schweres Heizöl	1 000 t	18	13							
* Stromverbrauch	Mill. kWh	375	380	360	377	354	431	384	382	379
* Stromerzeugung	Mill. kWh	560	509	482	516	441	748	524	547	506
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. kWh	1 643	1 750	1 701	1 667	1 726	2 050	1 870	1 778	1 846
* Auslandsumsatz	Mill. DM	539	572	530	515	577	690	625	567	595
Auftragseingang insgesamt ⁵⁾	1976 = 100	129	136	125	132	116	161	139	122	127
aus dem Ausland	1976 = 100	133	146	108	126	121	153	129	116	142
Index der Nettoproduktion⁶⁾ im Bergbau u. Verarbeitendem Gewerbe										
Bergbau	1970 = 100	113,0	120,5	117,2	123,4	121,4	136,1	129,3	132,8	122,6
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	102,0	99,0	90,3	109,7	112,2	100,1	95,2	99,9	99,2
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	111,1	104,7	126,1	130,9	131,8	78,1	111,5	117,8	115,0
Eisenschaffende Industrie	1970 = 100	86,9	86,8	72,3	96,7	103,7	89,6	81,7	86,2	84,5
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	193,4	206,1	220,4	219,6	203,6	214,5	222,7	221,6	223,7
Fahrzeugbau	1970 = 100	350,7	406,0	434,1	424,3	367,2	454,3	461,2	457,5	448,0
Maschinenbau	1970 = 100	144,0	134,8	142,5	141,8	146,7	142,8	148,7	154,6	147,7
Stahlbau	1970 = 100	108,1	110,0	121,6	126,2	126,4	79,2	93,0	90,1	107,5
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	119,4	115,7	127,0	124,2	117,7	116,8	123,5	117,4	115,1
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	108,1	106,6	113,8	114,7	118,8	101,4	114,7	121,8	131,3
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	844,0	898,1	845,1	884,0	864,9	1 012,3	902,4	896,1	865,7
Roheisen	1 000 t	361,2	353,4	307,6	385,7	386,3	390,7	360,1	354,0	360,6
Rohstahl	1 000 t	404,9	391,7	333,7	410,2	429,3	444,7	404,2	383,3	404,0
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	275,7	277,0	213,5	290,9	331,3	301,6	243,6	252,4	268,5
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	105,9	105,7			105,0	103,5			103,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD1976=100	129,8	138,8			131,8	123,3			135,4
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	842,5	829,5	788,1	753,1	621,8	1 146,4	799,8	726,1	763,7
* Stromverbrauch	Mill. kWh	668,8	677,5	641,8	656,5	583,8	783,6	674,7	633,4	609,1
* Gaserzeugung	Mill. cbm	74,5	75,6	73,8	78,5	75,0	78,1	78,8	80,1	77,1
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	22 434	20 915	21 175	21 126	21 171	19 216 ⁹⁾	19 191 ⁹⁾	19 161 ⁹⁾	19 368 ⁹⁾
dar.: Facharbeiter	Anzahl	11 472	10 521	10 679	10 628	10 900	9 880	9 768	9 934	10 216
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 581	2 250	2 409	2 533	2 447	2 388	2 339	2 233	2 316
* Wohnungsbau	1 000	1 009	829	811	998	1 010	739	731	713	743
* Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	1 000	554	536	579	537	492	699	648	615	629
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	1 018	885	1 019	998	945	950	960	905	944
Hochbau	1 000	197	157	188	174	180	171	172	155	160
Tiefbau	1 000	821	728	831	824	765	779	788	750	784
Löhne und Gehälter	Mill. DM	56,3	53,1	55,6	56,9	59,8	50,7	53,5	54,2	57,0
* Löhne	Mill. DM	47,4	44,0	47,2	48,0	49,6	42,7	45,4	45,7	48,1
* Gehälter	Mill. DM	8,9	9,1	8,4	8,9	10,2	8,0	8,1	8,5	8,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	181,3	170,5	140,9	178,3	173,4	158,3	135,7	151,5	154,0
Auftragseingang ¹⁾	Mill. DM	123,5	100,0	92,9	127,9	103,1	227,1	101,3	108,0	140,5
Wohnungsbau	Mill. DM	38,3	34,8	37,4	44,2	23,4	54,0	39,4	47,6	35,7
Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	Mill. DM	29,1	27,4	25,1	36,5	24,4	50,2	32,8	24,8	31,6
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	56,1	37,8	30,4	47,2	55,3	122,9	29,1	35,6	73,2

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, 2) Einschl. gewerblich Auszubildender, 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder - briquets = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriquets = 3,85 t Rohbraunkohle, 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³, 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, 6) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau, 9) Vorläufige Ergebnisse, 10) Endgültige Ergebnisse.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	276	235	246	252	274	223	224	173	186
* mit 1-Wohnung	Anzahl	185	139	156	154	173	140	138	104	103
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	77	77	77	80	79	66	66	52	62
* mit 3 und mehr Wohnungen ¹⁾	Anzahl	14	19	13	18	22	17	20	17	21
* Umbauter Raum	1 000 cbm	304	285	273	297	312	276	254	224	257
* Wohnfläche	1 000 qm	46,9	44,6	43,1	44,9	50,8	41,4	38,4	32,7	39,0
* Wohnräume	Anzahl	2 217	2 087	2 020	2 079	2 307	1 945	1 789	1 562	1 837
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	77,9	79,5	78,4	83,3	85,8	78,3	72,4	64,7	75,4
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	37	35	34	27	33	32	27	33	26
* Umbauter Raum	1 000 cbm	221	165	118	158	135	121	178	184	76
* Nutzfläche	1 000 qm	36,5	26,7	19,9	23,7	23,9	19,6	21,4	30,9	14,1
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	36,1	35,6	21,2	56,8	30,8	20,4	19,9	32,6	16,3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	538	542	494	531	610	608	452	406	419
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	619,6	654,6	602,0	634,9	654,2	814,7	734,0	664,3	702,2
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	13,0	12,8	12,7	13,4	24,9	13,1	12,7	12,3	12,8
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	606,6	641,8	589,3	621,5	629,4	801,7	721,4	652,1	689,4
* Rohstoffe	Mill. DM	23,6	26,7	22,0	29,0	35,1	21,5	20,8	18,1	22,9
* Halbwaren	Mill. DM	77,9	75,8	76,2	74,5	54,4	97,9	79,3	60,4	89,8
* Fertigwaren	Mill. DM	505,2	539,2	491,1	518,0	539,9	682,2	621,2	573,5	576,7
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	411,7	474,1	450,1	451,0	458,0	575,0	522,3	470,9	489,7
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	262,4	283,1	275,9	272,0	277,0	336,3	305,7	260,9	297,9
EFTA - Länder	Mill. DM	62,3	77,9	69,2	70,5	72,2	95,7	93,1	86,5	77,2
USA und Kanada	Mill. DM	70,4	19,8	17,9	21,2	22,5	24,2	27,8	28,8	28,0
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	57,7	48,2	39,2	51,3	39,0	66,0	54,3	43,0	58,7
Staatshandelsländer	Mill. DM	16,7	15,9	6,9	13,1	31,8	22,2	10,8	9,2	27,0
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	392,4	424,1	494,4	357,2	392,4	459,9	416,1	412,5	399,1
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	75,4	80,1	86,1	79,3	79,0	94,1	83,9	74,6	80,7
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	317,0	344,0	408,3	277,9	313,4	365,8	332,2	337,9	318,4
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	247,6	284,6	300,9	260,2	247,2	328,8	298,6	268,7	230,8
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	182,6	215,2	225,0	199,2	183,0	245,4	230,3	198,1	171,2
EFTA - Länder	Mill. DM	10,2	10,8	14,6	11,8	12,4	14,9	11,7	12,9	10,5
USA und Kanada	Mill. DM	12,6	13,4	10,3	7,8	21,3	8,9	14,1	12,1	17,9
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	112,7	97,0	152,3	62,3	92,2	89,5	77,2	108,5	111,5
Staatshandelsländer	Mill. DM	2,8	4,4	2,5	2,2	3,3	2,5	1,4	2,3	8,9
Einzelhandel										
* Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970 = 100	199,7	Ergebnisse für das Jahr 1981 und 2. Vierteljahr 1982 sind zur Zeit wegen Umstellung auf einen neuen Berichtskreis noch nicht verfügbar.							
Waren verschiedener Art	—	329,6								
Nahrungs- u. Genußmittel	—	133,8								
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	—	177,6								
Hausrat u. Wohnbedarf	—	232,2								
Elektro- u. optische Erzeugnisse	—	189,2								
Uhren	—	195,2								
Papierwaren u. Druckerzeugnisse	—	205,5								
Pharmazeut. kosmet. u. ä. Erzeugn.	—	301,0								
Kohle u. Mineralölzeugnisse	—	151,1								
Fahrzeuge, Maschinen u. Büro-einrichtungen	—	240,3								
Sonstige Waren	—	126,3								
Umsatz in Preisen von 1970 insgesamt	1970 = 100	100,5								
Beschäftigte	1970 = 100									

1) Einschließlich Wohnheime.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gastgewerbe										
* Umsatz	1970 = 100	148,3								
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	191,2								
Gaststättengewerbe	1970 = 100	142,8								
Beschäftigte	1970 = 100	100,0								
Ergebnisse für das Jahr 1981 und für das 1. Halbjahr 1982 sind zur Zeit wegen Umstellung auf einen neuen Berichtskreis noch nicht verfügbar.										
Fremdenverkehr ¹⁾										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	33 845	32 193	32 756	39 564	33 418	33 700	32 166	36 737	32 385
* Ausländer	Anzahl	5 795	5 570	4 765	7 762	5 831	3 866	4 589	7 620	5 916
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	101 054	96 941	98 039	113 377	99 045	97 930	94 527	108 615	97 081
* Ausländer	Anzahl	11 164	10 587	10 313	13 979	10 085	7 339	8 464	14 047	10 898
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel	1 000 t	442	317	428	420	307	370	386	265	321
* Talverkehr Mosel	1 000 t	317	279	281	335	297	267	280	280	300
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	4 167	4 084	5 398	4 558	4 069	6 287	5 106	4 464	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 715	3 555	4 417	3 891	3 460	5 352	4 262	3 797	...
Bestand an Kraftfahrzeugen ²⁾	Anzahl	465 945	474 421	—	—	473 086	—	—	—	...
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	414 826	420 290	—	—	419 686	—	—	—	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 792	2 773	2 623	2 747	2 589	2 746	2 432	2 733	2 732 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	595	554	612	616	616	529	545	607	570 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 197	2 219	2 011	2 131	1 973	2 217	1 887	2 126	2 162 ^P
Verunglückte Personen darunter:	Anzahl	801	744	843	828	837	752	724	818	759 ^P
* Getötete	Anzahl	19	17	19	22	20	17	18	10	—
Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	3 019	3 028	2 660	3 075	2 728	3 343	2 753	3 060	3 095
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 436	7 399	6 142	7 537	6 221	7 979	6 048	7 422	6 958
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	6 954	7 487	6 202	7 519	6 666	8 332	6 831	7 691	7 267
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ⁴⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mill. DM	16 717,1	18 491,0	18 209,3	18 333,2	18 548,9	19 505,7	19 567,9	19 561,0	19 660,5
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	16 452,4	18 192,9	17 918,3	18 027,0	18 252,8	19 162,6	19 210,6	19 179,9	19 286,4
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 171,2	14 774,7	14 549,4	14 669,0	14 818,8	15 511,0	15 532,9	15 465,5	15 656,6
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 281,2	3 418,2	3 368,9	3 358,0	3 434,0	3 651,6	3 677,7	3 714,5	3 629,7
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 478,8	4 236,5	4 166,2	4 200,2	4 356,6	4 614,5	4 584,6	4 544,4	4 639,4
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 291,6	4 016,5	3 964,9	4 032,9	4 120,4	4 329,0	4 303,5	4 251,4	4 385,0
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	187,2	220,0	201,3	167,3	236,2	285,5	281,1	292,9	254,4
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ⁵⁾	Mill. DM	2 074,9	2 136,2	2 073,7	2 089,1	2 129,0	2 210,6	2 192,6	2 188,5	2 180,3
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 825,8	1 877,1	1 836,5	1 843,6	1 868,5	1 937,1	1 920,6	1 908,3	1 909,7
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	249,1	259,1	237,2	245,5	260,5	273,5	272,0	280,3	270,6
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) ⁶⁾	Mill. DM	10 898,6	11 820,2	11 678,4	11 737,7	11 767,2	12 337,5	12 433,4	12 447,0	12 466,7
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 053,7	8 881,0	8 748,0	8 792,5	8 829,9	9 244,9	9 308,8	9 305,7	9 362,0
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 844,9	2 939,2	2 930,4	2 945,2	2 937,3	3 092,6	3 124,6	3 141,3	3 104,7

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis 2) Jahresende bzw. 30. Juni. — 3) Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. Umsatz; Unter 3 Mill. Umsatz vierteljährlich bzw. jährliche Erfassung. — 4) Ohne Kredite von -/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 5) Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 6) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.

Z A H L E N S P I E G E L für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	13 657,3	14 726,0	14 527,3	14 560,3	14 660,0	15 401,7	15 421,5	15 593,1	15 494,2
* Sichteinlagen ¹⁾	Mill. DM	2 344,1	2 463,5	2 423,6	2 385,4	2 514,2	2 446,8	2 414,3	2 557,9	2 479,2
* von Unternehmen u. Privatpers. von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	2 129,7	2 259,9	2 205,6	2 179,9	2 321,0	2 253,5	2 185,5	2 340,6	2 263,8
Termingelder ¹⁾	Mill. DM	183,9	172,0	193,0	181,2	161,0	154,5	192,8	180,8	170,2
* von Unternehmen u. Privatpers. von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 345,6	5 202,3	5 046,8	5 155,8	5 154,5	5 491,6	5 545,5	5 553,7	5 521,7
* Spareinlagen bei Sparkassen	Mill. DM	3 337,3	4 015,6	3 914,5	3 965,5	3 963,8	4 423,0	4 458,7	4 495,9	4 462,4
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	905,8	1 086,7	1 044,6	1 099,3	1 097,4	970,8	989,8	961,2	957,0
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	6 967,7	7 060,2	7 056,9	7 019,1	6 991,3	7 463,3	7 461,7	7 481,5	7 493,3
	Mill. DM	4 297,6	4 343,5	4 331,6	4 310,6	4 297,4	4 624,6	4 626,9	4 635,2	4 636,1
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse insgesamt ^{2) 3)}	Anzahl	149	197	11	15	11	21	31	23	21
eröffnete Konkurse	Anzahl	32	46	3	4	4	4	3	1	6
Angemeldete Forderungen insgesamt ²⁾	1 000 DM	38 605	82 575	1 180	8 904	3 136	16 678	13 663	9 652	24 929
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	20 360	49 391	495	7 599	2 882	13 762	1 960	5 500	22 791
Vergleichsverfahren ²⁾	Anzahl	2	3	—	—	—	1	—	—	—
Wechselproteste ⁴⁾	Anzahl	355	482	492	499	522	598	509	531	617
Wechselsumme	1 000 DM	2 024	2 940	3 506	4 262	3 555	5 031	3 111	3 108	3 611
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 156	1 450	1 282	1 342	1 323	1 878	2 066	1 558	1 992
Schecksumme	1 000 DM	2 183	2 790	2 176	2 083	3 670	3 273	3 267	2 097	6 314
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	302 582	322 266	272 753	236 179	382 047	306 541	284 604	255 673	372 361
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	184 217	193 778	124 562	104 984	255 884	195 195	131 265	118 961	250 567
* Lohnsteuer	1 000 DM	137 335	143 705	123 402	115 664	137 250	132 278	134 629	133 272	148 043
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	23 222	17 980	14 038	14 593	70 114	69 710	19 855	26 981	53 790
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	21 073	28 739	12 330	1 154	45 860	— 9 202	4 611	10 350	44 816
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	118 364	128 488	148 190	131 195	126 162	111 345	162 562	136 712	121 793
* Umsatzsteuer	1 000 DM	51 956	58 071	68 650	59 684	61 050	42 545	76 051	68 325	58 702
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	66 409	70 417	79 540	71 511	65 112	68 800	86 511	68 387	63 091
* Bundessteuern	1 000 DM	10 996	11 866	10 394	10 481	10 282	12 443	10 580	11 117	13 004
* Landessteuern ⁵⁾	1 000 DM	20 489	21 603	16 040	25 495	19 863	20 859	17 163	31 212	23 327
* Gemeindesteuern	1 000 DM	39 087	38 103	—	115 623	—	—	—	104 710	—
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	157 383	168 965	152 976	145 328	225 174	177 300	157 285	138 849	210 420
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	80 057	84 762	60 040	57 316	112 390	82 449	52 412	51 508	110 146
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	62 893	69 593	82 752	70 389	101 855	82 040	94 191	70 157	86 337
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	3 437	2 665	— 210	7 142	647	368	102	6 067	933
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	158 727	167 925	141 148	150 802	157 073	131 880	138 048	155 342	169 862
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	80 057	84 762	60 040	57 316	112 390	82 449	52 412	51 508	110 146
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	55 471	58 895	65 493	60 805	24 307	29 305	68 371	66 555	35 456
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	3 437	2 665	— 210	7 142	647	368	102	6 067	933
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	56 474	57 308	—	173 708	—	—	—	168 132	—
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	22 891	22 583	—	67 931	—	—	—	56 154	—
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	23 796	24 579	—	74 816	—	—	—	78 943	—
Preise										
Preisindex für ausgewählte Warengruppen										
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	111,5	116,8	117,0	118,0	117,8	122,5	123,4	124,6	127,1
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	124,8	132,4	131,0	131,2	131,2	139,6	140,0	140,3	140,4
Wohnungsmieten	1976 = 100	113,8	119,1	118,1	118,9	119,0	122,8	123,1	123,1	123,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	133,2	151,2	146,0	144,7	148,7	158,6	160,0	163,1	163,1
Waren u. Dienstl. für die Haushaltsf.	1976 = 100	113,4	118,3	117,9	118,3	118,1	123,5	123,4	123,5	123,1
Waren u. Dienstl. f. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	117,1	126,9	125,2	126,9	128,0	128,1	128,7	130,1	131,5
Waren u. Dienstl. f. Gesundheits- und Körperpflege	1976 = 100	113,6	118,2	117,8	118,4	118,4	120,7	120,7	121,4	121,9
Waren u. Dienstl. f. Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	1976 = 100	110,0	115,6	115,5	115,9	116,0	119,4	120,4	120,5	120,7
Persönliche Ausstattung sonstige Waren u. Dienstleistungen	1976 = 100	119,5	125,6	123,2	123,4	126,3	129,2	129,2	129,3	131,6

1) Einschließlich Sparbriefe, Namens-Sparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. 2) Jahresergebnis statt MD. 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren. 4) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten. 5) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	April	Juli	Oktober	Januar	April	
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	587	617	607	629	639	634	647
* darunter Facharbeiter	DM	625	652	640	665	674	672	680
* weibliche Arbeiter	DM	389	412	410	419	421	425	438
* darunter Hilfsarbeiter	DM	383	407	405	414	416	420	430
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	13,98	14,86	14,71	15,08	15,18	15,34	15,74
* darunter Facharbeiter	DM	14,71	15,60	15,46	15,84	15,93	16,08	16,50
* weibliche Arbeiter	DM	9,85	10,48	10,40	10,61	10,72	10,85	11,11
* darunter Hilfsarbeiter	DM	9,78	10,39	10,33	10,54	10,62	10,70	10,93
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
* kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 384	3 502	3 479	3 594	3 601	3 650	3 727
* weiblich	DM	2 253	2 353	2 332	2 409	2 408	2 435	2 497
* technische Angestellte,								
* männlich	DM	3 808	3 966	3 899	4 079	4 111	4 130	4 199
* weiblich	DM	2 281	2 410	2 347	2 474	2 502	2 511	2 571
in Handel, Kredit u. Versicherungen								
* kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	2 820	2 980	2 957	3 004	3 043	3 082	3 161
* weiblich	DM	1 840	1 957	1 933	1 973	2 001	2 039	2 076

BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1980				1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
Bevölkerung	1 000	61 556	61 682	61 655	61 657	61 666	61 674	
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 146	1 110	1 126	1 811	1 710	1 646	1 650	
Männer	1 000	426	652	573	542	546	1 040	945	898	894	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾											
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 501	7 480	7 475	7 294	7 263	7 239	7 233	
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	763	726	746	715	696	777	724	683	679	
Umsatz	Mill. DM	99 712	104 661	102 636	99 877	103 564	118 745	109 507	103 770	109 130	
Index der Nettoproduktion ¹⁰⁾											
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1976 = 100	109,6	108,0	113,6	114,0	113,8	111,2	114,8	114,7	110,5 _p	
Bergbau	1976 = 100	98,2	98,9	98,2	97,4	96,7	102,3	100,2	97,4	95,7 _p	
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1976 = 100	108,5	104,5	110,7	110,6	109,6	108,5	111,9	111,0	107,3 _p	
Investitionsgüter	1976 = 100	112,9	112,9	118,6	120,6	120,9	119,0	121,8	123,2	118,7 _p	
Verbrauchsgüter	1976 = 100	106,5	101,2	108,8	106,4	102,4	102,1	105,5	102,8	99,0 _p	
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	107,4	109,8	112,8	113,3	117,5	104,7	113,2	114,0	108,2 _p	
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 262	7 372	7 148	6 856	6 797	8 705	7 436	7 006	7 199 _p	
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 819	10 885	9 995	10 761	10 181	11 312	10 596	10 160	10 476 _p	
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 653	3 468	3 264	3 615	3 443	3 890	3 400	3 340	3 240	
Roheisen	1 000 t	2 823	2 656	2 534	2 786	2 695	3 027	2 640	2 615	2 502	
Walzstahl	1 000 t	2 638	2 571	2 349	2 536	2 673	2 801	2 282	2 330	2 340	
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1 000	1 262,8	1 226,0	1 247,8	1 248,4	1 252,5	1 109,8	1 137,2	1 142,8	1 154,3	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 120,1	3 132,2	3 404,1	3 442,0	3 533,6	2 895,7	3 171,6	3 233,8	3 357,4	
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	145 413	134 496	160 749	153 703	153 829	133 245	140 219	136 308	141 630	
für Wohnungsbau	1 000 Std.	59 621	54 954	67 631	64 342	64 467	53 808	56 838	55 901	58 569	
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	33 467	31 853	35 322	34 298	34 458	33 786	33 295	31 773	32 917	
Produktionsindex Baugewerbe ²⁾	1976 = 100	114,2	105,3	121,7	132,2	128,9	88,4	108,2	117,2	125,7 _p	
Handel											
Einfuhr	Mill. DM	28 448	30 765	30 270	29 685	30 623	35 360	33 063	30 585	31 426	
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	3 614	3 982	4 104	3 956	3 949	4 429	4 463	3 977	4 449	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	24 476	26 392	25 811	25 235	26 273	30 426	28 162	26 224	26 422	
Ausfuhr	Mill. DM	29 194	33 075	33 554	31 228	32 359	41 756	36 502	35 582	36 194	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	27 446	30 922	31 193	29 264	30 067	39 090	34 234	33 384	34 054	
Fertigwaren	Mill. DM	24 337	27 509	27 768	25 878	26 461	35 139	30 637	29 926	30 645	
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1970 = 100	202,2	207,7 _p	206,5 _p	200,6 _p	192,5 _p	218,9 _p	211,0 _p	199,2 _p	194,2 _p	
Preise											
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte ³⁾	1976 = 100	99,3	104,6	102,9	102,4	101,9	109,4	108,8	109,1 _p	108,3 _p	
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1976 = 100	117,1	126,2	124,5	125,3	125,8	131,6	132,3	132,7	133,5	
Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾	1976 = 100	134,1	142,0		142,4				146,4		
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾											
Lebenshaltung insgesamt	1976 = 100	177,0	123,9	122,8	123,3	123,9	128,4	129,0	129,8	131,1	
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,4	118,9	118,8	123,2	124,5	125,6	128,6	
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	125,7	126,3	126,5	131,4	131,7	132,1	132,3	
Wohnungsmieten	1976 = 100	115,4	120,4	119,3	119,8	120,2	124,7	125,0	125,6	126,0	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	153,7	152,3	152,9	164,5	166,1	169,1	168,7	
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	122,7	123,5	123,5	129,2	129,2	129,6	129,4	
Geld und Kredit⁷⁾											
Bargeldumlauf	Mill. DM	91 191	91 607	88 815	88 761	89 303	89 420	90 923	91 574	92 029	
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 155 723	1 217 985	1 139 665	1 149 690	1 149 231	1 206 310	1 217 217	1 223 943	1 223 906 _p	
Spareinlagen	Mill. DM	485 801	482 987	467 005	463 879	461 091	481 542	482 189	483 122	483 341 _p	
Kredite an ⁸⁾											
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mill. DM	1 140 434	1 223 248	1 159 468	1 163 993	1 179 533	1 222 164	1 223 459	1 227 948	1 242 803 _p	
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	321 558	368 796	330 878	330 867	336 206	378 027	383 749	382 447	380 744 _p	
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)											
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	26 136	26 693	21 905	22 778	34 426	32 709	23 123	23 658	36 180	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	- 32	- 79	7 372	7 480	- 525	- 446	7 407	
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	7 787	8 149	7 816	7 716	7 758	6 944	8 184	8 384	7 437	
Zölle	Mill. DM	384	412	440	421	388	439	433	409	376	
Tabaksteuer	Mill. DM	940	937	913	1 067	901	1 009	939	1 016	1 223	
Branntweinmonopol	Mill. DM	324	373	353	377	539	453	345	372	604	

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, 2) Ohne Ausbaugewerbe, 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich, 4) Die Durchschnittswerte werden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittsmeßzahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976, 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer, 6) Aller privaten Haushalte, 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende, 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken, 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, p) Vorläufige Zahl.

Mitteilung des Amtes

Mit der Vorerhebung der Gebäude hat die Volkszählung 1983 begonnen

Die bereits für 1981 geplante Volkszählung ist nun für den 27. April 1983 angeordnet worden. Aufgrund des Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vom 25.03.1982 (Volkszählungsgesetz 1983, BGBl. I S. 369) werden damit nach über 10jähriger Pause wieder umfassende Bestands- und Strukturdaten der Bevölkerung, Wohnungen, Gebäude mit Wohnraum und Arbeitsstätten erhoben.

Im gebäudestatistischen Teil der Zählung ist es aus organisatorischen Gründen erforderlich, einen Teil der Gebäude vorab, d.h. Herbst 1982, zu erheben. Hierbei handelt es sich um Gebäude, deren Eigentümer (Vertreter, Verwalter) nicht im Gebäude wohnen. In erster Linie betrifft es den Hausbesitz der Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften sowie der öffentlichen Hand, der Industrie, der Versicherungsgesellschaften, ferner auch „Einzel-Hausbesitzer“, die nicht in dem betreffenden Gebäude bzw. auf dem betreffenden Grundstück wohnen. Die verlangten Gebäudeangaben müssen den Zählern zum Zählungstichtag vorliegen.

Zur Zeit wird vom Statistischen Landesamt der Versand der Erhebungsunterlagen an die Gemeinden abgewickelt.

Neues Konzept für die Schulstatistik

Zur Neukonzeption der Schulstatistiken wurde auf Initiative des Statistischen Landesamtes im September 1982 ein Projektgruppe gebildet, der auch Vertreter des Kultusministeriums, der PK-EDV und der ZDV-Saar angehören. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, auch im Bereich der Schulstatistiken rationellere Verfahren einzuführen, um die Arbeit der Schulen und des Statistischen Amtes zu erleichtern und gleichzeitig eine noch größere Aktualität in der Ergebnisbereitstellung zu erreichen.

Märkte im Saarland

Mit dem Verzeichnis der „Märkte im Saarland 1983“ veröffentlicht das Statistische Landesamt die siebenunddreißigste Auflage, zusammengestellt nach amtlichen Unterlagen der Gemeinden.

Preis pro Heft: 5,- DM

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neusten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

BILDUNG 81 – Kurzinformationen

III. Reihen

Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (Sonderheft)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

Gemeinde- und Kreisstatistiken

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 2. Quartal 1982

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat April 1982

Statistische Berichte

Krankenhäuser am 31. Dezember 1980	A IV 2 — j/80
Sterbefälle nach Todesursachen im 4. Vierteljahr 1981	*A IV 3 — vj 4/81
Tuberkulose im Saarland 1980	A IV 5 — j/80
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. Dezember 1980 — Mindestveröffentlichungsprogramm der Beschäftigtenstatistik —	A VI 5 — vj. 4/80
Lehrernachwuchs 1982	B III 2 — j/1982
Ausländische Beschäftigte und Grenzgänger in der saarländischen Wirtschaft am 30. September 1981	D II hj 2/81
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Januar 1982	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 1/82
Das Handwerk im 4. Vierteljahr 1981 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung)	E V 1 — vj. 4/81
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Dezember 1981 (Jahresvergleich)	$\frac{FI 1,3}{FI 4}$ — m 12/81
Außenhandel im Januar 1982	G III 1,3 — m 1/82
Straßenverkehrsunfälle im Dezember 1981 (Jahresergebnis)	*H I 1 — m 12/81
Ausgewählte Finanz- und Steuerdaten der saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände 1981	L II S — j/1981
Preisindex für die Lebenshaltung Februar 1982	*M I 2 — m 2/82
Preisindex für die Lebenshaltung März 1982	*M I 2 — m 3/82
Preisindex für Bauwerke Februar 1982	M I 4 — vj. 1/82
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Dezember 1981 —	P II — m 12/81

GMBl. Saar 1982, S. 166

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Mai 1982

Statistische Berichte

Bevölkerungsentwicklung im 4. Vierteljahr 1981 und im Jahr 1981 und Bevölkerungsstand am 31. Dezember 1981	$\frac{A I 1}{A I 2}$ — vj — 4/81
Wanderungen im 4. Vierteljahr 1981	A III 1 — vj — 4/81
Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten 1981	A IV 4 — j/81
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. März 1981	A VI 5 — vj — 1/81
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Sommersemester 1981	B III 1 — hj — 1/81
Abschlußprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes im Studienjahr 1979/80	B III 3 — j 1979/80
Schlachtungen und Fleischanfall 1981	C III 2 — j/1981
Milcherzeugung und Milchverwendung 1981	C III 3 — j/81
Weinbestände, Weinerzeugung und Lagerbehälter im Wirtschaftsjahr 1981/82	C IV 5/6/8 — j 81/82
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland im 1. Halbjahr 1981	D I 2 — hj — 1/81
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Januar 1982	E I 1 — m — 1/82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Februar 1982	E I 1 — m — 2/82
Industrielle Produktion im Jahr 1981	E I 2 — m — 11 + 12/81
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Februar 1982	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m — 2/82
Außenhandel im Februar 1982	G III 1,3 — m 2/82
Steueraufkommen im Saarland 1981	$\frac{L I 1}{L I 2}$ — j/1981

Kommunale Finanzen im 4. Vierteljahr 1981	L II 2 — vj — 4/81
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1981	N I 2 — hj — 2/81
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Saarland 1981	P I 1 — j/81
Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe 1979	Q III 1 — j/79

GMBL. Saar 1982, S. 221

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Juni 1982

Statistische Berichte

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 4. Vierteljahr 1981	A II 1 — vj — 4/81
Wanderungen 1981	A III 1 — j — 1981
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1981 — Mindestveröffentlichungs- programm der Beschäftigtensta- tistik —	A VI 5 — vj — 2/81
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im März 1982	E I 1 — m — 3/82
Industrielle Produktion im Januar und Februar 1982	E I 2 — m — 1 — 2/1982
Industrielle Produktion im März 1982	E I 2 — m — 3/1982
Straßenverkehrsunfälle im Januar 1982	H I 1 — m — 1/82
Straßenverkehrsunfälle im Februar 1982	H I 1 — m — 2/82
Preisindex für die Lebenshaltung April 1982	M I 2 — m — 4/82
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Januar 1982	N I 1 — vj — 1/82
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Februar 1982 —	P II — m — 1-2/82

GMBL. Saar 1982, S. 302

Notizen

